

## Krise und Rekonstruktion: zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert

Abelshauser, Werner; Petzina, Dietmar

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Abelshauser, W., & Petzina, D. (1980). Krise und Rekonstruktion: zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert. In R. Spree, & W. H. Schröder (Hrsg.), *Historische Konjunkturforschung* (S. 75-114). Stuttgart: Klett-Cotta. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-340169>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Krise und Rekonstruktion. Zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert

### I. Zu Fragestellung und Methode

Die europäische Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts im allgemeinen, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im besonderen unterscheidet sich in ihrer Erscheinungsform grundlegend von den Erfahrungen der Hochindustrialisierung. Seit Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis zur Mitte des Jahrhunderts scheint jene beherrschende Tendenz industriellen Aufstiegs, jenes von systematischen Schwankungen überlagerte gesamtwirtschaftliche Wachstum zu fehlen, das den charakteristischen Ausdruck des abendländischen Kapitalismus in seinem „goldenen Zeitalter“ vor 1914 darstellte. So unübersehbar bestimmen Kriege, Störungen, Inflations- und Deflationskrisen das wirtschaftliche Gesicht der Epoche namentlich in Deutschland, daß die gesamte Periode vielfach als von wirtschaftsexogenen Faktoren politischer Geschichte beherrscht, „Irregularität“ gedeutet wurde, der jede Vorstellung ökonomischer Verlaufsgesetze von Trend und Zyklus geradezu entgegenlaufe<sup>1</sup>. Angesichts der Einbrüche und Verwerfungen (*Abb. 1*) schien es vielen Historikern geraten, zum besseren Verständnis jüngerer deutscher Wirtschaftsgeschichte für den Zeitraum vom Beginn des Ersten bis über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinaus eine Sonderentwicklung zu unterstellen, um auf diese Weise eine kontrastierende Vorstellung von „Normalität“ zu erhalten. Es wurde vielfach der Versuch unternommen, die längerfristige Entwicklung des 20. Jahrhunderts dadurch zu erfassen, daß von den regulär nicht einzuordnenden Störungen (*siehe Abb. 2*) abstrahiert, zumindest aber der eine oder andere Zeitabschnitt als „absonderlicher Ausnahmefall“<sup>2</sup> aus der Analyse ausgeklammert wurde.

Knut Borchardt hat auf dem Mannheimer Historikertag 1976 unterschiedliche „Schwei-

<sup>1</sup> Siehe die Charakterisierung derartiger Positionen bei Borchardt, Knut, *Trend, Zyklus, Strukturbrüche, Zufälle: Was bestimmt die deutsche Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert?* in: VSWG 64 (1977), S. 145–178.

<sup>2</sup> So K. Borchardt die Zwischenkriegszeit bei dem Versuch, den *Wandlungen des Konjunkturphänomens in den letzten hundert Jahren* (Bayerische Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist.-Klasse, Sitzungsberichte 1976, Heft 1, S. 11f.) nachzuspüren.

Abbildung 1: Entwicklung der industriellen Nettoproduktion 1870–1977 im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland (jeweilige Grenzen) 1928 = 100

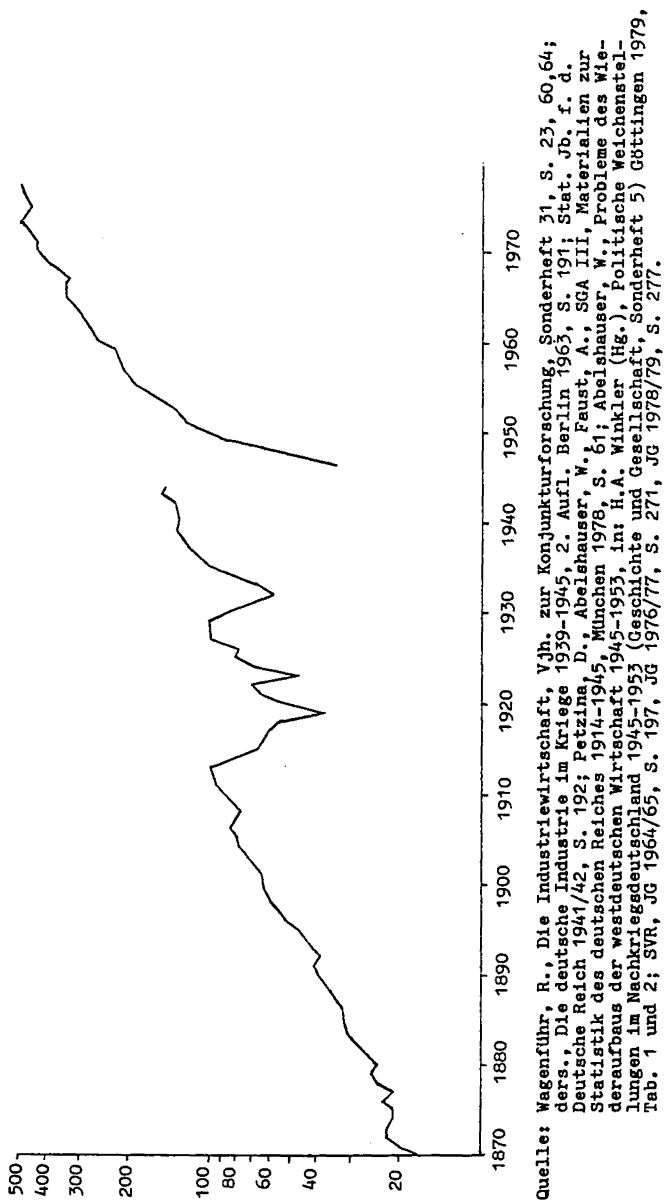
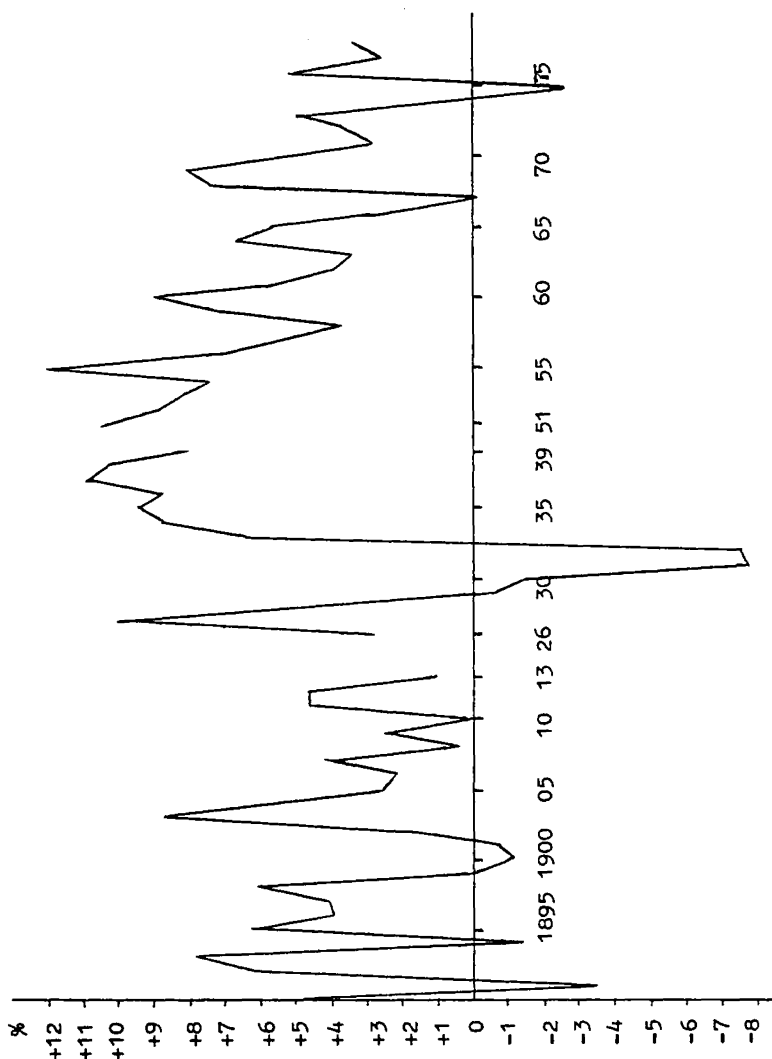


Abbildung 2: Jährliche Veränderungsrate des realen Sozialprodukts im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland (jeweilige Grenzen)



Quelle: Hoffmann, W. G. et al., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, S. 828; Stat. Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, S. 260; Stat. Jb. f. d. BRD 1978, S. 516; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 31/1979 Nr. 4, S. 64\*.

sen“ des Leitbildes gesamtwirtschaftlicher Entwicklung im 20. Jahrhundert vorgestellt<sup>3</sup>, die jeweils eine Gesamtinterpretation deutscher Wirtschaftsgeschichte anstreben. Neben den in vielen Variationen auftauchenden „Irregularitäts“-Hypothesen sind es vor allem zwei Ansätze „wirtschaftsimmanenter“ Interpretation, die eine prominente Rolle bei der Suche nach den tieferen Gesetzen deutscher, mehr noch kapitalistischer Entwicklung im 20. Jahrhundert anstreben: Die von Schumpeter in Weiterführung des Kondratieff-Ansatzes verfeinerte „Lange-Wellen-Hypothese“<sup>4</sup>, die langfristige Wechsellagen auf die Abfolge von Innovationsschüben zurückführt, und die „Strukturbruch-These“, die Konzepte zur Erklärung von vorgeblichen Trendveränderungen anbietet.

Obleich der erste Ansatz vor allem von den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit bestimmt wurde, findet er in modifizierter Form in jüngerer Zeit wieder verstärkte Resonanz bei der Analyse von Wachstumsprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg<sup>5</sup>. Die Zwischenkriegszeit ist dieser Theorie zufolge durch das Fehlen von Basisinnovationen charakterisiert, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg in der chemischen und elektrotechnischen Industrie vorhanden waren; und die Weltwirtschaftskrise läßt sich – scheinbar einleuchtend – als Zusammenfallen mehrerer Wendepunkte von Zyklen langer und mittlerer Reichweite deuten, auf die die Politik nur noch verstärkend, nicht jedoch verursachend eingewirkt habe. An dieser Stelle kann und soll keine Auseinandersetzung mit den diesen Hypothesen zugrundeliegenden Annahmen geführt werden, zumal die Chance der Überprüfung angesichts des ungesicherten Datenmaterials als nicht sehr groß zu veranschlagen ist. Die Fülle technischer Neuerungen, die einem solchen Modell zuwiderlaufenden Abweichungen der internationalen Konjunktur in den zwanziger und dreißiger Jahren, schließlich die unterschiedlichen Voraussetzungen in der Struktur von Angebot und Nachfrage in den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern bieten vorläufig wenig Argumente für dieses Vorgehen.

Den Vertretern der zweiten Variante – des Strukturbruch-Ansatzes – ist die Vorstellung von der Tendenz zu säkularer Stagnation des kapitalistischen Systems gemeinsam; große Unterschiede sind hingegen in der Breite des Erklärungsansatzes sowie in den aufgeführten Gründen zu registrieren. Eugen Varga<sup>6</sup> hat bereits zu Beginn der zwanziger Jahre die internationale Krise der Nachkriegszeit als Ausdruck eines Trendbruchs interpretiert, dessen Datierung mit dem Ersten Weltkrieg zusammenfällt. Die Destabilisierung der Weltwirtschaft wird als logischer Ausdruck dieses Umbruchs gesehen, der Weltkrieg selbst als Teil eines ökonomischen Erklärungsmodells. Andere Autoren legen das Schergewicht ihrer Erklärungen auf die inneren Veränderungen des Systems, auf Konzentration, verstärkte Inflexibilität im Preis- und Lohnmechanismus, schließlich auf sinkende Profitchancen. Die Variationsbreite marxistischer und nichtmarxistischer Stagnationstheorien der zwanziger und dreißiger Jahre ist beeindruckend und hat unter anderem ihre praktische Ausformung

3 Borchardt, *Trend*.

4 Kondratieff, N. D., *Die langen Wellen der Konjunktur*, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 56, (1926), S. 573–609; Schumpeter, Joseph A., *Konjunkturzyklen*, 2 Bände, Göttingen 1961.

5 Beispielsweise bei so unterschiedlichen Autoren wie L. H. Dupriez (*Der „Kondratieff“ und die Konjunkturentwicklung seit 1945*, Weltwirtschaftliches Archiv 93, 1963) und Ernest Mandel (*Der Spätkapitalismus*, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1973). Den jüngsten Versuch unternehmen Hans Glismann, Horst Rodemer, Frank Wolter (*Zur Natur der Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik Deutschland, Eine empirische Analyse langer Zyklen wirtschaftlicher Entwicklung*, Institut f. Weltwirtschaft, Kiel 1978).

6 Varga, Eugen, *Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen*, Frankfurt/M. 1969.

in der These von der „strukturellen Verlangsamung des gesamten Industriewachstums“ gefunden<sup>7</sup>.

Wenngleich weniger spekulativ als die Kondratieff-Hypothese und für eine Analyse institutioneller Veränderungen kapitalistischer Gesellschaften durchaus fruchtbar, entsteht auch hier das Problem des Erklärungswertes für die von Krieg und Nachkriegszeit geprägten Sonderentwicklungen deutscher Wirtschaftsgeschichte. Nicht die fiktive Stagnation einer Epoche interessiert, die ihre statistische Plausibilität in der Gegenüberstellung des Pro-Kopf-Einkommens von 1913 und 1950 erhalten könnte, vielmehr die diesen Prozessen zugrundeliegenden Brüche und Beschleunigungen. Geschichtsmächtig wurden in Deutschland die große Inflation, die nationalen Besonderheiten der Weltwirtschaftskrise und die ihr folgende nationalsozialistische Konjunktur, die einer wirtschaftshistorischen Interpretation zugänglich bleiben müssen. Schließlich bliebe bei der Fixierung auf ein Stagnationsmodell die Frage nach den Gründen für einen erneuten Strukturbruch nach dem Zweiten Weltkrieg; ob die „Lernfähigkeit“ des sozioökonomischen Systems dies bewirkt hat oder doch am Ende Innovationsschübe für die internationale Beschleunigung des Wirtschaftswachstums verantwortlich waren, läßt sich aus diesem Denkansatz heraus nicht erklären.

Entgegen diesen Ansätzen, die Kriegs- und Nachkriegszeiten als Störung ihrer Argumentation ausklammern, nicht zur Kenntnis nehmen oder nichts zur Erläuterung dieser für Deutschland so beherrschenden Zeiträume anbieten, soll im folgenden der umgekehrte Weg beschritten werden. Er beginnt bei den „Besonderheiten“ der deutschen Wirtschaftsgeschichte und führt zur Frage, ob in den Nachkriegsperioden der deutschen Wirtschaft (und mutatis mutandis für die Zeit nach der Weltwirtschaftskrise) besondere Wachstumsbedingungen gelten, die weit über den Zeitraum des klassischen Wiederaufbaus hinaus wirksam sind. Solche Sonderbedingungen könnten für den sprunghaften Wechsel von Einbruch und Wachstumsspur verantwortlich sein, der das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung seit 1914 in so irritierender Weise prägt.

Dieser Ansatz muß andere „Sehweisen“ nicht unbedingt ausschließen, da man die Einschätzung teilen kann, daß „Kombinationen verschiedener Trendvorstellungen den Sachverhalt angemessener beschreiben und erklären können“<sup>8</sup>. Vorrangig erscheint jedoch die Frage, ob für „Lange-Wellen“- oder „Strukturbruch“-Hypothesen noch allzuviel zu erklären übrig bleibt, wenn beispielsweise das Wirtschaftswachstum der zwanziger und die „Wirtschaftswunder“ der dreißiger und fünfziger Jahre im wesentlichen auf besondere Bedingungen zurückgeführt werden können, die aus der jeweils vorangegangenen Störung des Produktionsprozesses folgen.

Bevor diese Bedingungen im einzelnen untersucht werden, soll der hinter diesem Erklärungsmodell stehende theoretische Ansatz skizziert werden. In seinem Mittelpunkt stehen zwei Fragen:

1. Gibt es speziell eine Theorie der ‚normalen Zuwachsraten‘, auf die immer wieder Kräfte zurückführen, wenn einmal Kriege, Depressionen u. a. von ihr weggeführt haben?<sup>9</sup>

7 Die unübersehbaren Belege können hier nicht aufgeführt werden. Einen zeitgenössischen, am deutschen Material orientierten Versuch stellt dar: Wagenführ, Rolf, *Die Industriegesellschaft, Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion von 1860 bis 1932*, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 31, Berlin 1933.

8 Borchardt, *Trend*, S. 167.

9 Vgl. dazu die gleichlautende Frage G. Bombachs im Verlauf der Diskussion zu Borchardt, Knut, *Methoden-*

## 2. Wie arbeitet der Mechanismus, der nach wirtschaftlichen Rückschlägen den Aufholprozeß steuert?

Die Antwort auf die zweite Frage war der nationalökonomischen Klassik wohlbekannt. John Stuart Mill unterstrich die Rolle des Kapitalkoeffizienten für „eine Erscheinung, die so oft Staunen erregt hat, nämlich die große Schnelligkeit, mit der sich Länder aus einem Zustand der Verwüstung wieder erheben“<sup>10</sup>. Weil es nur kurze Zeit braucht, bis das kumulierte Sozialprodukt einer Volkswirtschaft den Wert des ursprünglichen Anlagevermögens reproduziert<sup>11</sup>, sieht er in der Erhaltung der Bevölkerung und ihrer „Geschicklichkeit und Kenntnisse“ die entscheidende Voraussetzung für eine schnelle Rekonstruktion<sup>12</sup>. Auf dem Hintergrund dieser Erfahrung lag es nahe zu prüfen, ob auch die hohen Wachstumsraten nach den Produktionseinbrüchen im 20. Jahrhundert „eine Art von Sprint“ darstellen, der die Entwicklung der Nachkriegswirtschaft „früher oder später wieder zu ‚normalen‘ Wachstumsraten zurückführt“<sup>13</sup>. Für empirische Wirtschaftsforscher erschloß sich bald „a general principle observed in the figures for all countries, for all recoveries from wars and other upheavals: Growth is naturally much more rapid than usual until the country gets back on its trend line, after which the normal rate of growth is resumed“<sup>14</sup>.

Colin Clark beschrieb damit einen Anpassungsprozeß an ein theoretisches Wachstumsgleichgewicht, das Roy F. Harrod als „natürliche Fortschrittsrate“ ( $G_n$ ) in seine dynamische Wachstumstheorie eingeführt hatte<sup>15</sup>, lehnte aber gleichzeitig die dort implizierte Schlüsselrolle des Kapitalkoeffizienten ab, weil er sie – außer in Rekonstruktionsperioden – empirisch nicht bestätigt fand. Harrod's  $G_n$  ist bestimmt durch das Wachstum des Arbeitspotentials und durch den technischen Fortschritt. Sie beschreibt ein Welfare-Optimum, das meist suboptimal ausgeschöpft ist, weil Arbeit und Kapital als limitationale Produktionsfaktoren betrachtet werden. Dadurch setzt  $G_n$  dem höchsten Durchschnittswert von  $G$  über einen langen Zeitraum die obere Grenze. Es ist nicht möglich, „für eine unbegrenzte Zeit das Wachstum in einem größeren Ausmaß beizubehalten, als es das Bevölkerungswachstum und technologische Verbesserungen ... erlauben“<sup>16</sup>. Umgekehrt gilt aber, daß „nach einem Rückschritt  $G$  für längere Zeit einen höheren Wert erhalten (kann) als  $G_n$ “. Dies ist so lange der Fall, wie weniger Kapital vorhanden ist, als es diesem limitationalen Gleichgewichtsverhältnis entspricht. Nach den klassischen Produktionsgesetzen ist dann die Produktivität des Kapitals relativ hoch. Hohe Produktivität garantiert eine schnelle Akkumulation des Kapitals, weil – wie die Theorie von Marx

---

*probleme bei der Vorausschätzung langfristiger Entwicklungen*, in: Giersch, H. und Borchardt, K. (Hrsg.), *Diagnose und Prognose als Wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme* (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 25), Berlin 1962, S. 528.

10 *Grundsätze der politischen Ökonomie*, 1. Band, 2. Aufl. Jena 1924, S. 112f. (engl. Erstausgabe 1848).

11 „Der dem Wert nach größere Teil des in England zurzeit vorhandenen Reichtums wurde von menschlichen Händen innerhalb der letzten zwölf Monate produziert“: ebenda, S. 111.

12 Ebenda, S. 113. Vgl. auch F. List, *Das nationale System der Politischen Ökonomie* (1841) (Sammlung Sozialwiss. Meister, Bd. 3) 6. Aufl. Jena 1950, S. 221: „Deutschland ist in jedem Jahrhundert durch Pest, durch Hungersnot oder durch innere und äußere Kriege verheert worden; immer hat es aber einen großen Teil seiner produktiven Kräfte gerettet und so gelang es schnell wieder zu einigem Wohlstand ...“.

13 Paige, D.C. et al., *Economic Growth: The last hundred Years*, in: National Institute Economic Review, 16 (1961), S. 24.

14 Clark, Colin, Financial Times vom 8. Juni 1960; vgl. auch ders., *Growthmanship, A study in the mythology of investment*, in: Prest, A.R. et al., *Ancient or Modern?* (Hobart Papers, 2) 2. Aufl. London 1964, S. 119.

15 *Towards a Dynamic Economics*, London 1948 (dtsh. *Dynamische Wirtschaft*, Wien 1949).

16 Ebenda, S. 109.

bis Harrod zeigt – die Wachstumsrate des Kapitals direkt proportional zur Kapitalproduktivität ist. Mit zunehmender Akkumulation nimmt die Produktivität des Kapitals ab, d. h. der marginale Kapitalkoeffizient steigt und die Wachstumsraten des Sozialprodukts gehen zurück. Hat die Akkumulationsrate ihren Gleichgewichtswert im Harrod'schen Sinne erreicht, so bleiben Kapitalproduktivität und Wachstumsraten konstant.

Auf die Bedeutung dieses Sachverhalts für die „Nachkriegswirtschaft“ hat vor allem Franz Jánosy hingewiesen<sup>17</sup>. Aus der marxistischen Entwicklungstheorie heraus – und ohne die westliche Diskussion aufzugreifen – kommt er bei der Beurteilung des „long run“ zu ähnlichen Ergebnissen wie die postkeynesianische Wachstumstheorie<sup>18</sup>. Indem er diese Theorie auf den Spezialfall Nachkriegswirtschaft anwendet, unternimmt er den Versuch einer umfassenden Analyse der „Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg. Aus der erstaunlich stetigen langfristigen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zieht Jánosy den Schluß, daß die Qualifikationsentwicklung die unabhängige Variable im Prozeß des Wirtschaftswachstums, die abhängige hingegen die Kapitalbildung sei. Wegen der spezifischen Ausgangskonstellation der Produktionsfaktoren am Ende von Störungen der wirtschaftlichen Entwicklung verhalte es sich aber in Rekonstruktionsperioden gerade umgekehrt: Investitionen in Sachkapital sind nicht an die Entwicklung der Qualifikationen gebunden, weil in der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials im Verhältnis zum relativ niedrigen Kapitalstock auf Jahre hinaus Produktivitätsreserven liegen. Dieser Rekonstruktionseffekt wirkt auch dann noch fort, wenn das Vorkriegsniveau der Produktion zurückgewonnen ist, weil sich in der Zwischenzeit die Qualifikationsstruktur weiter fortentwickelt hat. Mit Hilfe einer „Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung“ versucht Jánosy die Dauer dieser Periode besonderer Wachstumsbedingungen zu bestimmen (Abb. 3). Definiert ist die „Trendlinie“ als Verbindungslinie der Maxima des Produktionsniveaus in Perioden „ungestörten“, wirtschaftlichen Wachstums<sup>19</sup>. Sie soll die Entwicklung zeigen, „welche gegeben wäre, wenn die zur Verfügung stehenden Produktionsmittel genügen, die vorhandene Arbeitskraft ihrer Qualifikation und Struktur entsprechend wirken zu lassen“<sup>20</sup>. Jánosy's Versuch, mit Hilfe der Trendlinie das „Ende der Wirtschaftswunder“ in Europa exakt zu bestimmen, ist vor allem deshalb problematisch, weil dafür einige wichtige Voraussetzungen gelten müßten, die empirisch nur selten erfüllt sind<sup>21</sup>. Im deutschen Fall kumulieren sich diese Schwierigkeiten zu einem unüberwindbaren Hindernis vor einer exakten Quantifizierung des Rekonstruktionseffektes.

Das Konzept insgesamt muß sich darüber hinaus einer Reihe kritischer Einwände stellen. Der Rekonstruktionsansatz beschreibt „einen Mechanismus, der sicherstellt, daß zeit-

17 Jánosy, Franz, *Das Ende der Wirtschaftswunder, Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung*, Frankfurt/M. 1969 (ungarische Ausgabe 1966).

18 Auf die Ergebnisidentität der Modelle von Marx und Harrod haben schon K. Brand und R. Henn (*Über einige Ansätze zur Wachstumstheorie*, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, XXII, 1962/63, S. 223 ff.) hingewiesen.

19 Georg Philippi (*Produktivität und Produktion*, in: Konjunkturpolitik, 10, 1964, S. 349–371) verwendet diese Verbindungslinie ebenso wie John W. Kendrick (*Productivity Trends in the United States*, Princeton 1961, S. 60 ff.), der seine „Produktivitätstrendlinie“ zur Darstellung der langfristigen Konstanz des Wachstums der Produktivität einsetzt.

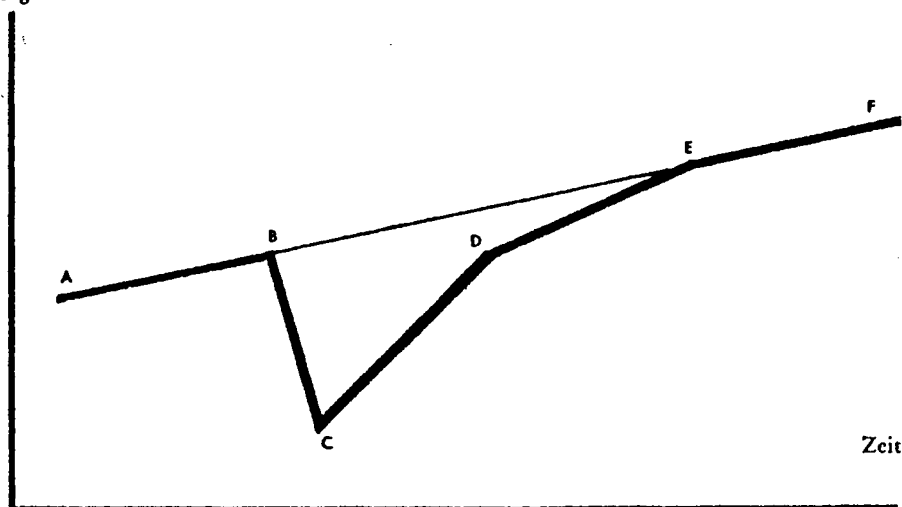
20 Jánosy, *Wirtschaftswunder*, S. 104.

21 So müssen z. B. die Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials und das Arbeitsvolumen konstant bleiben und der „Störung“ eine genügend lange Phase „normalen“ Wachstums vorausgehen.



Abbildung 3: Schematische Darstellung des Verlaufs der Rekonstruktionsperiode

Produktions-  
niveau im  
log. Maßstab



AF – Trendlinie der wirtschaftlichen Entwicklung

AB – Verlauf der Produktionsniveau-Linie bis Kriegsausbruch

BC – Durch den Krieg verursachtes Abfallen des Produktionsniveaus

CE – Verlauf der Produktionsniveau-Linie während der Rekonstruktionsperiode, und zwar

CD – bis zum Erreichen des Vorkriegsniveaus und

DE – bis zum Erreichen der Trendlinie

EF – Verlauf der Produktionsniveau-Linie nach Ende der Rekonstruktionsperiode

Quelle: Jánosy, Wirtschaftswunder, S. 18.

weilige Rückschläge mehr oder weniger automatisch wieder wettgemacht werden<sup>22</sup>. Ob dieser Anpassungsprozeß mehr oder weniger automatisch vor sich geht, das ist allerdings für den Historiker keine ganz unwichtige Frage. Tatsächlich liegt in der Nachkriegskonstellation der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion eine Entwicklungsmöglichkeit und keine Automatik der schnellen Anpassung begründet. Die Antriebskräfte bleiben latent, wenn es dem Unternehmersektor und/oder der Wirtschaftspolitik – aus welchen Gründen auch immer – nicht gelingt, die besonderen Entwicklungsmöglichkeiten durch hohe gesamtwirtschaftliche Investitionsquoten zu entfalten; eine Problematik, die für die Zeit zwi-

<sup>22</sup> Aukrust, Odd, *Factors of Economic Development: A Review of Recent Research*, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 93 (1964 II), S. 30.

schen den Kriegen noch näher zu untersuchen sein wird. Zu Recht hat Altvater darauf hingewiesen, daß vorhandenes Wachstumspotential nicht notwendigerweise gleichzusetzen sei mit tatsächlichem Wachstum. Im Mittelpunkt von Wachstumsanalysen hätten vielmehr die unternehmerischen „Rentabilitätsabwägungen beim Kapitaleinsatz“ zu stehen, da das Spannungsverhältnis von Qualifikations- und Arbeitsplatzstruktur eine zwar notwendige, keineswegs aber hinreichende Voraussetzung zum Verständnis von „Wachstumsspurts“ sei<sup>23</sup>. Tatsächlich bedarf der „Transfermechanismus“ der ergänzenden Analyse. In der folgenden Darstellung soll darauf jedoch ebenso wie auf die institutionellen Rahmenbedingungen und die staatliche Politik nur gelegentlich verwiesen werden, da sie das formulierte Erkenntnisinteresse an der einsichtigeren Zuordnung von „Konjunktur“-Verläufen weit überschreiten würde.

Bleibe schließlich der Hinweis, daß die Qualifikationsstruktur keine starre Größe, vielmehr durch staatliche Bildungspolitik veränderbar ist. Das Konzept vorhandener Wachstumspotentiale werde damit fragwürdig, weil nicht hinreichend bestimmbar. Für längerfristige, die Spanne mehrerer Generationen überschreitende Analysen wäre die Einbeziehung bildungspolitischer Aktivitäten in der Tat unentbehrlich. Es erscheint indes vertretbar, von der Hypothese relativer Konstanz für den hier diskutierten Zeitraum auszugehen, wenn gleich zu fragen ist, ob nicht kurzfristige Änderungen der Politik (z. B. beim Übergang zum Nationalsozialismus) – ähnlich dem Auf und Ab der Zuwanderung von Arbeitskräften nach dem Zweiten Weltkrieg – die verfügbaren Qualifikationen vermindert oder vergrößert haben. Wäre dies der Fall, so müßten die Voraussetzungen historisch vorgegebener Wachstumsspielräume überprüft werden.

Trotz der angesprochenen Bedenken erscheint es zweckmäßig, die Irregularitäten der Epoche aus dem Spannungsfeld von möglichem und tatsächlichem Wachstum heraus verstehbar zu machen. Gegebenenfalls sollen die Gründe für Abweichungen von theoretisch zu erwartenden Verläufen benannt werden. Das Paradigma der Rekonstruktion, dies erscheint vorweg als sein wichtigster Vorzug, ignoriert nicht die Spezifika der Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, sondern stellt sie in den Mittelpunkt der Analyse.

## II. Die Zwischenkriegszeit – relative Stagnation oder verzögerte Rekonstruktion?

Die wirtschaftliche Entwicklung der Zwischenkriegszeit, namentlich in Deutschland, entzieht sich nach vorherrschender Auffassung dem Interpretationsraster „klassischer“ Wechsellagen<sup>24</sup>, deren Erfahrungswerte aus der vergleichsweise regelmäßigen Zyklizität

23 Altvater, Elmar, Hoffmann, Jürgen, Semmler, Willi, *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise, Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik*, Berlin 1979, S. 21.

24 So charakterisiert David Landes (*Der entfesselte Prometheus*, Köln 1973, S. 332) die Zwischenkriegszeit als „eine bunte Mischung aus Notsituationen, Katastrophen, Improvisationen und künstlichen Notbehelfen“, der er die Geschichte der Volkswirtschaft des 19. Jahrhunderts als eine „Art Idealfall der Modernisation“ gegenüberstellt. Demgegenüber betont Derek H. Aldcroft (*Die zwanziger Jahre. Geschichte der Weltwirtschaft*, Bd. 3, Fischer, Wolfram (Hrsg.), München 1978, S. 20f.) nachdrücklich die in den zwanziger Jahren fortwirkenden Muster des traditionellen Konjunkturzyklus.

des Wirtschaftsablaufs kapitalistischer Industrieländer im Zeitalter der Hochindustrialisierung abgeleitet werden. Stärker noch als die gemeinsamen weltweiten Erfahrungen wirtschaftlicher Krisen in den zwanziger und dreißiger Jahren werden beim deutschen Fall Sonderentwicklungen betont, die letztlich der Erklärung des Aufstiegs des Nationalsozialismus dienen sollen. Weltkriege, Inflation, Massenarbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise mit den damit verknüpften sozialen Folgen bilden in dieser Sichtweise ein spezifisch deutsches Amalgam, das mit dem traditionellen Instrumentarium der Konjunkturanalyse nicht zu erfassen sei. Kernstück derartiger Überlegungen ist die Behauptung, das frühere weltwirtschaftliche Gleichgewicht zwischen den Industriemächten West-Mitteleuropas einerseits und den Rohstoffproduzenten andererseits sowie die Beziehungen der Industrieländer untereinander seien als Ergebnis einer verfehlten Politik gestört und schließlich in den dreißiger Jahren vollständig zerrüttet worden. Die Chance der „Rückkehr zur Normalität“ habe man auf diese Weise verspielt und die Weltwirtschaft durch nationalen Protektionismus, durch das ungelöste Problem eines „Systems von politischen Schulden“<sup>25</sup> und durch die Destabilisierung des internationalen Finanz- und Währungssystems ihrer früheren Funktion als Wachstumsmotor der Industrieländer beraubt. Großbritannien und Deutschland seien die Hauptbetroffenen gewesen.

Unstrittig hat die internationale Währungs- und Schuldenpolitik sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik der nationalen Regierungen eine zentrale Rolle bei der Destabilisierung des Wirtschaftssystems der Zwischenkriegszeit gespielt, wie auch umgekehrt die wirtschaftlichen Krisen den politischen Zerfall nachhaltig förderten. Schwierig ist hingegen die Gewichtung dieser Faktoren. Die Vertreter der Theorie der „Langen Wellen“ betonen ebenso wie die Anhänger der These von der „säkularen Stagnation“ der zwanziger und dreißiger Jahre den Primat ökonomisch-technologischer Sachverhalte bei der Interpretation der Wirtschaftsgeschichte dieser Epoche, wohingegen andere stärker die politischen Faktoren hervorheben. Erstere deuten die Zwischenkriegszeit ausdrücklich als Teil „regulärer“ Wellenbewegungen, letztere stellen jede wirtschaftsimmanente Analyse als irreführend in Frage.

Abweichend von einer Sichtweise, die vor allem die politischen Prozesse hervorhebt, aber zugleich in kritischer Distanz zu den oben skizzierten Hypothesen „immanenter“ Interpretationen legen wir im folgenden dar, inwieweit das einleitend formulierte Paradigma vom Einfluß der Kriegs- und Nachkriegsfaktoren auf die deutsche Wirtschaftsgeschichte dieses Jahrhunderts zum besseren Verständnis der Zwischenkriegszeit taugt<sup>26</sup>. Anders gefragt: Ob die Rekonstruktionshypothese eine plausiblere Zuordnung scheinbar irregulärer Prozesse erlaubt als es die Stagnationstheorien zu leisten vermögen. Abb. 1 verdeutlicht die Besonderheiten der Zwischenkriegszeit als Abweichung von einem offenkundig langfristig angelegten Pfad wirtschaftlicher Bewegung seit der Hochindustrialisierung. Sie werden als wachstumsverzögernde Einbrüche während des Ersten Weltkrieges, in der Krise von 1923 und in der Weltwirtschaftskrise ebenso sichtbar wie als Beschleunigungen und Spurts

25 Fischer, Wolfram, *Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit*, in: Mommsen, Hans et al. (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S.45.

26 Dieses Vorgehen bedeutet zugleich eine kritische Überprüfung der Stagnationsthese, die die Verfasser früher zur Diskussion gestellt haben. Siehe: Petzina, D., Abelshauser, W., *Zum Problem der relativen Stagnation in den zwanziger Jahren*, in: Mommsen et al. (Hrsg.), *Industrielles System*, S.57-76.

nach Abschnitten des Niedergangs. Der Vergleich der deutschen Entwicklung mit den Vereinigten Staaten veranschaulicht den sehr viel unstetigeren Verlauf in Europa vor allem während und nach den beiden Weltkriegen und fordert zugleich eine Erklärung des Typischen und Atypischen wirtschaftlicher Verläufe zwischen den Kriegen.

Folgende Trends – belegt durch einige makroökonomische Größen – bestimmen das deutsche Entwicklungsmuster der Zwischenkriegszeit und bedürfen der Erläuterung:

1. Das reale Sozialprodukt lag 1938 um 50 vH über dem Stand von 1913, hatte sich demnach mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von etwa 1,5 vH jährlich erhöht, je Einwohner mit 1 vH. Im annähernd identischen Zeitraum vor dem Ersten Weltkrieg – 1890 bis 1913 – hatte sich die wirtschaftliche Gesamtleistung hingegen mit einer Wachstumsrate von 3 vH verdoppelt, je Einwohner war sie mit 2 vH gestiegen. Nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich hat sich das Gesamtprodukt zwischen 1950 und 1970 mit einer Durchschnittsrate von 5,6 vH verdreifacht, je Einwohner hat es sich beinahe auf das Zweieinhalbfache vergrößert.

*Tabelle 1: Die Entwicklung des realen Sozialprodukts im internationalen Vergleich (1913 = 100)*

	Frankreich	Deutsches Reich bzw. BRD	Großbritannien	USA
1890	72,2	51,3	68,0	41,3
1913	100,0	100,0	100,0	100,0
1925	110,6	90,3	108,5	142,6
1929	130,6	106,2	122,8	164,5
1932	115,3	89,5	123,4	120,4
1938	109,4	149,9	149,5	162,6
1950	130,3	157,3	170,4	291,2

Quelle: Maddison, Angus, *Growth and Fluctuations in the World Economy 1870-1960*, in: Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review, Januar 1962, S. 104/105.

Relative Wachstumshemmungen waren in dieser Epoche eine Erfahrung der Mehrzahl der Industrieländer. Gleichwohl wäre es irreführend, aufgrund statistischer Durchschnittswerte, denen sehr unterschiedliche Sachverhalte in den einzelnen Ländern entsprechen, pauschal den Stagnationscharakter der Zwischenkriegszeit als bestätigt anzusehen. Wichtige Industrieländer erfreuten sich nach dem Ersten Weltkrieg eines prosperierenden Jahrzehnts. In den USA hatte der Erste – wie dann auch der Zweite – Weltkrieg eine starke Schubwirkung wirtschaftlichen Fortschritts ausgelöst und Deutschlands Entwicklung lief nicht nur zeitlich gegenläufig zu anderen Industrieländern. Sie weist auch Abschnitte besonders intensiven Wachstums und stärkere Krisen als die meisten anderen Länder auf, die mit „Stagnation“ kaum sinnvoll zu charakterisieren sind.

2. Den Daten zufolge hat sich die Industrieproduktion während des Ersten Weltkrieges halbiert, sank im ersten Nachkriegsjahr, verursacht von den kriegsbedingten Verzerrungen in der Erzeugerstruktur nochmals um ein Drittel ab, um dann in einem dreijährigen Aufschwung zwischen 1920 und 1922 auf das Doppelte anzusteigen. Nach Korrektur der Inflations- und Ruhrbesetzungsfolgen erhöhte sich die Industrieproduktion zwischen 1924 und

Tabelle 2: Index der Industrieproduktion 1913–1944 (1928 = 100)

Jahr	Insgesamt	Verbrauchsgüter	Produktionsgüter
1913	98	97	99
1914	81	-	-
1915	66	-	-
1916	63	-	-
1917	61	-	-
1918	56	-	-
1919	37	-	32
1920	54	51	56
1921	65	69	65
1922	70	74	70
1923	46	57	43
1924	69	81	65
1925	81	85	80
1926	78	80	77
1927	98	103	97
1928	100	100	100
1929	100	97	102
1930	87	91	84
1931	70	82	62
1932	58	74	47
1933	66	80	56
1934	83	93	81
1935	96	91	99
1936	107	98	114
1937	117	103	130
1938	125	108	144
1939	132	108	148
1940	128	102	144
1941	131	104	149
1942	132	93	157
1943	149	98	180
1944	146	93	178

Quelle: Wagenführ, *Industriewirtschaft*, S. 23 und 64; ders., *Industrie im Kriege*, S. 166 und 191; *Bevölkerung und Wirtschaft*, S. 176; Stat. Jb. f. d. Dt. Reich 1941/42, S. 192.

1927/28 wiederum um annähernd 50%, um sich in den folgenden Jahren der Krise bis 1932 erneut zu halbieren. Schließlich folgte ab 1933 ein industrieller Aufstieg ohne Parallele in den anderen großen Industrieländern des Westens, so daß 1938 der Höchststand des Weimarer Zyklus um ein Viertel überschritten wurde.

3. Die Zahlenreihen von Sozialprodukt und industrieller Produktion bestätigen die besondere Expansionskraft der deutschen Wirtschaft in den dreißiger Jahren, machen jedoch auch deutlich, daß von einer parallelen Entwicklung selbst zwischen den Industrieländern Europas keine Rede sein konnte. Zwischen 1939 und 1943/44 nahm der industrielle Aus-

stoß, anders als während des Ersten Weltkrieges, abermals um ein Fünftel zu. Besonders bemerkenswert: das Volumen der Verbrauchsgüter bewegte sich im Durchschnitt der Kriegsjahre 1939/1944 auf dem selben Stand wie Ende der zwanziger Jahre. Trotz gewisser Verzerrungen durch Gebietsveränderungen ist somit das erstaunliche Ergebnis zu verzeichnen, daß die industrielle Erzeugung als Ausdruck gesamtwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit während des Zweiten Weltkrieges doppelt so hoch lag wie in den Kriegsjahren 1914/18. Übertragen auf den Zeitraum eines Vierteljahrhunderts (1939/45 gegenüber 1914/18), entspricht dem eine Rate jährlichen Wachstums von etwa 3 vH – unbeschadet der Wirkungen der Krisen der zwanziger Jahre und der Weltwirtschaftskrise.

Es sei noch einmal festgehalten: Die angeführten Zahlen widerlegen jede undifferenzierte Behauptung säkularer Wachstumshemmung. Mehr noch, die These vom Trendbruch wirtschaftlicher Entwicklung in der Zwischenkriegszeit verschleiert die den Historiker interessierenden Vorgänge stärker als sie zu ihrer Erklärung beiträgt. Zu erläutern gibt es nicht die vielfach wiederholte Meinung vom Stagnationscharakter dieser Zeit, vielmehr dessen Besonderheiten, die im ersten Jahrfünft nach dem Ersten Weltkrieg ebenso erkennbar sind wie zwischen 1933 und 1938.

4. Unterschiedlich war die Ausgangslage der Industrieländer am Ende des Ersten Weltkrieges und waren auch die davon ausgelösten Folgen. 1920 entsprach die industrielle Erzeugung Großbritanniens dem Stand von 1913, in den Vereinigten Staaten lag sie ein Drittel darüber, in Deutschland betrug sie nur noch die Hälfte. Andererseits blieb die deutsche Wirtschaft von der weltweiten Krise von 1921 – sie läßt sich sowohl als Reaktion auf die hektische Konjunktur der Jahre 1919/20 als auch als Anpassungskrise angesichts kriegswirtschaftlich verzerrter Strukturen verstehen – unberührt, durchlief sogar die schnellste Wachstumsperiode des Jahrzehnts. Den Schätzungen Witts<sup>27</sup> zufolge stieg das reale Sozialprodukt zwischen 1919 und 1928 ungeachtet aller Inflationsfolgen insgesamt um 50 vH, das entsprach einer Jahresrate von 4,5 vH. Für den Zeitraum 1919 bis 1922 berechnet sich sogar ein Zuwachs des Pro-Kopf-Produkts von 7 vH, der sich in den als „normal“ bezeichneten Jahren des Weimarer Zyklus 1924 bis 1929 auf 4 vH verlangsamte.

Das Ergebnis der Expansion in den vier Jahren nach Ende des Weltkrieges ist demnach im wesentlichen durch die Inflationskrise von 1923 und die folgende Stabilisierung konträrkiert und auch im Bewußtsein der Historiker verschüttet worden. Innerhalb eines Jahres kam es zum dramatischen Rückgang des Sozialprodukts um 10 vH, der industriellen Erzeugung um ein Drittel. Was im Bewußtsein vieler Zeitgenossen das Ende „schrecklicher Jahre“ galoppierender Geldentwertung markiert, entpuppt sich unter Hinzuziehung weiterer Indikatoren letztlich als vorläufiger Schlußpunkt deutscher Sonderentwicklung im Sinne ungebrochener wirtschaftlicher Rekonstruktion<sup>28</sup>. Im Durchschnitt der Jahre 1920 bis 1922 bewegte sich die Quote der Arbeitslosigkeit mit 2 bis 3 vH in Größenordnungen, die den Erfahrungen der Hochkonjunktur der Vorkriegszeit entsprachen. Nach einer Spitze von annähernd 20 vH aller Erwerbspersonen während der Stabilisierungskrise bewegte sie sich dann zwischen 1924 und 1929 bei durchschnittlich 11 vH, markiert vom Tiefpunkt

27 Witt, Christian, *Finanzpolitik und sozialer Wandel in Krieg und Inflation*, in: Mommsen et al. (Hrsg.), *Industrielles System*, S. 425.

28 Zur ausführlichen Formulierung dieser These vgl. Abelshauser, W., *Inflation und Stabilisierung*, in: Büsch, Otto, Feldman, Gerald (Hrsg.), *Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914 bis 1924*, Berlin 1978, S. 161–174.

von 7 vH (1925) und einer krisenhaften Spitze von 18 vH (1926) bereits mehrere Jahre vor Beginn der Weltwirtschaftskrise<sup>29</sup>.

5. Die Zäsur von 1923 besaß keine Parallele in den anderen Industrieländern. Die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und Japan erfreuten sich bis 1929 einer kaum unterbrochenen „goldenen Konjunktur“, an die die deutsche Wirtschaft erst mit zweijähriger Verzögerung Anschluß fand. Am Ende des ersten Nachkriegsjahrfünfts, zugleich am Beginn eines „normalen“ Aufschwungs hatte sich das Gewicht der deutschen Wirtschaft im Vergleich zur Ausgangslage am Ende des Weltkrieges zwar deutlich verbessert, in Relation zur Vorkriegszeit jedoch verringert.

*Tabelle 3: Deutsche Industrieproduktion im internationalen Vergleich (1913 = 100)*

	1920	1925	1929	1932	1938
Welt	93	121	153	108	183
USA	122	148	181	94	143
Deutschland	59	95	117	70	149
Großbritannien	93	86	100	83	118
Frankreich	70	114	143	105	115
UdSSR	13	70	181	336	857
Italien	95	157	181	123	195
Japan	176	222	324	309	552
Schweden	97	113	151	141	232

Quelle: Société des Nations (Hg.), *Industrialisation et commerce extérieure* (1945), S. 160 f.

Obgleich das Wachstumstempo zwischen 1925 und 1929, in Angleichung an den internationalen Konjunkturrhythmus, mit jenem der Vorkriegszeit übereinstimmte, lag Deutschland am Ende der zwanziger Jahre nach wie vor hinter dem relativen Entwicklungsstand der Mehrzahl der übrigen Industriestaaten zurück. Zusammen mit dem stagnierenden Großbritannien zählte es zu den Verlierern des internationalen Wettlaufs der Nachkriegszeit, mochte es auch, gemessen am Gesamtpotential, nach den USA noch immer den zweiten Platz in der Welt einnehmen.

6. Zu erklären bleibt schließlich die Sonderentwicklung der dreißiger Jahre, die die deutsche Konjunktur zwar nicht in der Grundrichtung, wohl jedoch im Ausmaß von den anderen Industrieländern unterscheidet. 1928/29 erreichte die Höhe des realen Sozialprodukts wie der industriellen Produktion etwa den Vorkriegsstand, demgegenüber überschritt der Index das Maximum des „Weimarer Zyklus“ 1938/39 um 50 vH. Wenngleich Deutschland auch dann nicht den Zuwachs der Weltindustrieproduktion eingeholt hatte, war der

<sup>29</sup> Zu den Daten Deutschlands im internationalen Vergleich: Lebergott, Stanley, *Annual Estimates of Employment in the United States 1900–1950*, sowie Galenson, Walter und Zellner, Arnold, *International Comparison of Unemployment Rates*, in: NBER (Hrsg.), *The Measurement and Behaviour of Unemployment*, Princeton 1957.

Vorsprung der westlichen Konkurrenten aus den zwanziger Jahren ausgeglichen. Dies gilt freilich nicht für die „jungen“ Industrieländer Italien, Japan, Schweden und die Sowjetunion, die alle auf ihre Weise vom relativen Rückgang der „älteren“ profitierten. Die Weltwirtschaftskrise trennt demnach in Deutschland eine Periode langsameren von einem Abschnitt schnelleren Wachstums. Dieser Sachverhalt bestätigt sich auch in der zeitlichen Umkehr der Arbeitslosenquote zwischen Deutschland und den USA: Sie lag dort 1924/29 bei durchschnittlich 5,6 vH und 1935/38 bei 24,7 vH, während in Deutschland seit 1936 Vollbeschäftigung herrschte, hingegen in den „goldenen“ zwanziger Jahren die Erwerbslosenquote 11,4 vH (1924/29) betragen hatte<sup>30</sup>.

Die bisherigen Ausführungen erlauben eine Zwischenbilanz. Die Besonderheiten des „deutschen Weges“ zeigen sich im Vergleich zu den USA und anderen Industrieländern

- in der außergewöhnlichen Sonderkonjunktur 1920 bis 1922 sowie dem Fehlen der weltweiten Krise 1921;
- in der sowohl inflationsbedingten als auch politisch induzierten Krise von 1923 und der folgenden Stabilisierungskrise bis Sommer 1924;
- in der deutschen „Zwischenkrise“ Herbst 1925/Frühjahr 1926,
- schließlich im ungebrochenen, scheinbar zyklensfreien Boom 1933 bis 1938.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches, wesentlich getragen von der zu Kriegsende ungeahnten Expansionsfähigkeit industrieller Schlüsselbereiche, weist für annähernd fünf Jahre die typischen Merkmale einer Rekonstruktion auf. Als Folge des Krieges war eine nachhaltige Verzerrung im Verhältnis von Kapitalstock, Arbeitsplatzstruktur und vorhandenen Qualifikationen eingetreten. Somit entstand nach dem drastischen Niedergang der Erzeugung und dem Verschleiß der Produktionsanlagen zwischen 1914 und 1918 ein Rekonstruktionspotential, das in Deutschland umso gewichtiger sein mußte, als hier die kriegsbedingten Rückschläge größer als in der Mehrzahl der anderen Länder waren<sup>31</sup>. Krieg und Nachkriegszeit fügen sich auf diese Weise zu einer untrennbaren Einheit zusammen. Diese Sichtweise besitzt gegenüber herkömmlicher, getrennter Analyse beider Zeitabschnitte zugleich den Vorzug, daß die für Deutschlands Geschichte politisch und wirtschaftlich so bedeutsamen Jahre bis 1923 nicht als letztlich belanglose terra incognita und statistisches Niemandsland vernachlässigt werden.

Eine systematische Untersuchung des Investitionsverhaltens der deutschen Wirtschaft in der Inflationsperiode liegt bislang nicht vor. Teilergebnisse bestätigen indes, daß dank einer Reihe förderlicher Sachverhalte – der während des Weltkriegs vollzogenen Verschiebungen von Konsum- zu den Produktionsgüterindustrien, der damit zusammenhängenden Qualifikationsveränderung der Arbeitskräfte, schließlich der in der Inflation verbesserten Chance der Selbstfinanzierung – eine erhebliche Vergrößerung des industriellen Kapitalstocks stattgefunden hat. Diese Ausweitung fügt sich plausibel in das Rekonstruktions-

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> Den Schätzungen Wagenführs zufolge war die Industrieproduktion bereits bis 1915 um ein Drittel zurückgegangen (Tab. 2). Nimmt man die Berechnungen zum Niedergang der Agrarwirtschaft hinzu (pflanzliche Erzeugung – 30 vH, tierische Erzeugung – 60 vH, (zitiert nach: Borchardt, Knut, *Wachstum und Wechsellagen 1914–1970*, in: *Handbuch der Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 2, Aubin, H. und Zorn, W. (Hrsg.), Stuttgart 1976, S. 696), so erscheint die Annahme einer Halbierung der materiellen Produktion realistisch.



schema ein und läßt sich insoweit als Reaktion auf den wachstumsbestimmenden Faktor „Qualifikationsstruktur“ deuten.

So betrug die Produktion der deutschen Walzwerke – umgerechnet auf das Nachkriegs-territorium – 1921 bereits 73 vH von 1913, 1922 90 vH; die Hochofenbetriebe erzeugten 1922 84 vH des Vorkriegsjahres, die Kokereien verbrauchten 94 vH der 1913 eingesetzten Steinkohlenmenge und die Produktion von fossiler Primärenergie (Braun- und Steinkohle) erreichte bereits 1921 die Größenordnung von 1913<sup>32</sup>. Es rundet das Bild einer Investitionskonjunktur ab, daß die Zahl der jährlich erstellten gewerblichen Neubauten im Durchschnitt der Jahre 1920–1923 um 31 vH über dem Stand von 1913 lag<sup>33</sup> und die Beschäftigtenstruktur sich nachhaltig in Richtung Produktionsgüter-Industrie verschoben hatte.

*Tabelle 4: Beschäftigte nach Industriezweigen (1922 in vH von 1913)*

Chemie	142,9
Maschinenbau	126,6
Metallverarbeitung	121,7
Bergbau	116,9
Holzverarbeitung	107,7
Leder	106,3
Papier und Kartonage	104,8
Bekleidung und Reinigung	104,2
Nahrungsmittel	95,9
Textil	95,1
Bauwirtschaft	84,3
Steine und Erden	83,1
<hr/>	
<b>zusammen</b>	<b>105,3</b>

**Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1926, S. 171.**

Es ist nicht möglich, eine genauere Bilanz des in der Nachkriegszeit vergrößerten Wachstumspotentials vorzunehmen. Schätzungen von Walther G. Hoffmann zur Größenordnung des gewerblichen Anlagekapitals vermitteln jedoch einige Hinweise<sup>34</sup>. Danach betrug 1913 das im Gewerbe investierte Kapital (in Preisen von 1913) insgesamt 85,2 Mrd. Mark, 1926

32 Umgerechnet nach den Angaben im *Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich*, 1924/25, S. 92 ff. Zwar lag die Förderung von Steinkohle im Nachkriegsgebiet mit 114 Mill. t noch deutlich unter dem Stand von 1913 (141 Mill. t), doch war die Förderung von Braunkohle von 87 Mill. t auf 137 Mill. t (1922) angestiegen.

33 *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, 1921/22; *Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs*, 1922, I; 1924, I; 1925, I. Berechnung bei Abelshauser, *Inflation*, S. 172.

34 Hoffmann, Walther, G. et al., *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin – Heidelberg – New York 1965, S. 245.

76,6 Mrd. RM. Berücksichtigt man bei der Ziffer von 1913 die eingetretenen territorialen Veränderungen mit einem Abschlag von einem Zehntel<sup>35</sup>, so entspräche der gewerbliche Kapitalstock zu Beginn des Weimarer „Normalzyklus“ der Größenordnung der Vorkriegszeit. Angesichts des Investitionsstatus und des Anlagenverschleißes zwischen 1914 und 1918 erscheint es durchaus realistisch, für die Rekonstruktionsperiode 1919–1922/23 einen Kapitalstock-Zuwachs von annähernd einem Drittel zu unterstellen. Noch ausgeprägter zeigt sich diese Tendenz bei den Investitionen in Form gewerblicher Gebäude. Hier entsprach der Kapitalbestand bereits 1923 mit 25,1 Mrd. Mark dem Volumen von 1913 (24,7 Mrd. Mark) und überschritt bei entsprechender Gebietskorrektur diese Größe um mindestens 10 vH. Der Anstieg in den Nachkriegsjahren wäre entsprechend höher anzusetzen als beim gewerblichen Kapitalstock insgesamt.

Am letzten Beispiel wird in besonderer Weise die Wechselwirkung von Inflation, staatlicher Finanzpolitik und wirtschaftlicher Expansion deutlich. Die Geldentwertung und indirekt damit verknüpft eine umfassende Politik des „deficit spending“ hat den Rekonstruktionsprozeß zwar nicht verursacht, wohl aber vorangetrieben und begünstigt<sup>36</sup>. Die Lohnkosten sanken zwischen 1919 und 1922 tendenziell ab mit der Folge steigender Gewinnchancen der Unternehmen<sup>37</sup>; vergleichsweise niedrige Zinsen – gemessen am Wertverfall der Währung – machten die „Flucht“ in Gebäude-Investitionen attraktiv, und eine sich selbst tragende Investitionskonjunktur relativierte zumindest für eine Übergangszeit das Gewicht des Auslandsabsatzes und der inländischen Verbrauchsnachfrage für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die günstigen Verwertungsbedingungen beim Kapitaleinsatz erfüllten damit ihre Funktion des Transmissionsriemens zwischen Wachstumsmöglichkeiten und tatsächlichem Wachstum.

Anders als nach dem Zweiten Weltkrieg läßt sich allerdings in den zwanziger Jahren ein über das erste Nachkriegsjahrhundert hinausreichendes Rekonstruktionsmuster nur schwer identifizieren. Während die Zeitgrenze der Rekonstruktion in der Bundesrepublik bis in die erste Hälfte der sechziger Jahre hinausgeschoben wurde, entspricht nur der Zeitraum bis zu Beginn des Jahres 1923 dem erwarteten Verlauf. Nach der Stabilisierung der Währung lösten kurze, hektische Aufschwünge von 12 Monaten (Mitte 1924 bis Mitte 1925), bzw. 17 Monaten (Frühjahr 1926 bis September 1927) und die Krisen von 1923/24 und Herbst 1925/Frühjahr 1926 einander ab, um dann für zwei Jahre in ein schwer deutbares Produktionsplateau (bis Herbst 1929) und anschließend in die Weltwirtschaftskrise einzumünden.

35 Das innerhalb der Nachkriegsgrenzen erzielte Volkseinkommen betrug 1913 ca. 90 vH des Gesamtterritoriums, so daß eine derartige Umrechnung zumindest in den Größenordnungen realistisch sein dürfte. Siehe Statistisches Reichsamt (Hrsg.), *Das deutsche Volkseinkommen vor und nach dem Kriege*, Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches, Nr. 24, Berlin 1932.

36 *Deficit spending* wird hier nicht im Sinne keynesianischer Theorie oder zur Charakterisierung einer bewußten, in sich konsistenten staatlichen Strategie verwendet. Der wirtschaftliche Effekt war gleichwohl identisch, wenn die Reichsregierung zwischen 1920 und 1922 13,2 Mrd. Mark einnahm – umgerechnet auf sogenannte Kaufkraftmark – und gleichzeitig 33,3 Mrd. Mark ausgab. Der Fehlbetrag von 20,1 Mrd. Mark allein auf Reichsebene entsprach 17 vH des geschätzten Nettosozialprodukts/Faktorkosten. Siehe: *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* 1924/25, S. 348, und Witt, *Inflation*, S. 425.

37 Friedrich Hesse (*Die deutsche Wirtschaftslage von 1914 bis 1923*, Jena 1938, S. 484) berechnet beispielsweise für einen verheirateten Berliner Metallarbeiter folgenden Wochenlohn-Index (real, Preisbasis 1913): 1913 = 100, 1920 (Juli) = 72, 1921 (Juli) = 63, 1922 (Juli) = 66, 1923 (Juli) = 47. Dem stand der rasche Anstieg der Produktion gegenüber.

Diese Entwicklung trifft vor allem für den industriell-gewerblichen Bereich zu. Ihm kommt die Schlüsselstellung für zyklische Bewegungen und gesamtwirtschaftliche Verläufe nicht nur seiner besonders großen Konjunkturreagibilität wegen zu, sondern auch dank seines schieren Gewichtes für die deutsche Volkswirtschaft: Darauf entfielen zwischen 1925 und 1929 annähernd die Hälfte der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung (1913 45,0 vH), 42 vH aller Erwerbspersonen (1925) und 46 vH der Investitionen<sup>38</sup>. Namentlich die ertatschen Ausschläge der Industrieinvestitionen bilden denn auch den Schlüssel zum Verständnis des Auf und Ab und schließlich des katastrophalen Tiefs der Wirtschaft von 1924 an bis hinein in die Weltwirtschaftskrise. Allerdings sollte darüber nicht übersehen werden, daß im Deutschland der zwanziger Jahre die Landwirtschaft für ein Industrieland noch eine erstaunliche Rolle spielte: Hier waren bis zu Beginn der dreißiger Jahre etwa 30 vH der Erwerbspersonen gebunden (ihr Anteil an den Beschäftigten war noch erheblich größer), deren Wertschöpfungsanteil gegenüber der Vorkriegszeit allerdings stark rückläufig war (1913: 23 vH, 1925: 16 vH). Vermutlich hat der agrarische Sektor die gesamte Weimarer Republik hindurch, vor allem aber bis Mitte der zwanziger Jahre, wirtschaftlich eher kontraktiv gewirkt, was nicht zuletzt im extremen Produktivitätsverfall zum Ausdruck kommt<sup>39</sup>.

Die Schwankungen im Investitionsverhalten in Landwirtschaft und Gewerbe waren per saldo verantwortlich für das Absinken der volkswirtschaftlichen Netto-Investitionsquote von 15,2 vH (1910/13) auf 11 vH 1925/29, da kein hinreichender Ausgleich in den anderen Bereichen erfolgte. Zwar verliefen die Investitionen im Wohnungsbau und im öffentlichen Bereich (Gebäude, öffentlicher Tiefbau, Eisenbahnen) stetiger, doch war auch hier die sektorale Investitionsquote geringer als vor dem Weltkrieg: Der Anteil der Wohnungsbau-In-

*Tabelle 5: Gütegrad des industriellen Anlagevermögens (Gebiet der Bundesrepublik)*

Zeit (jeweils Jahresanfang)	Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgüter- Industrie	Investitions- güter-Industrie	Industrie insgesamt
1924	52,8	54,1	53,8
1929	51,4	52,1	53,1
1935	48,5	47,1	49,7
1939	54,4	51,4	53,5
1945	63,7	62,8	61,3
1949	56,3	57,4	55,7
1957	59,6	68,0	62,6

Quelle: Krengel, Rolf, *Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956*, Sonderhefte des DIW, 42, Berlin 1958, S. 79.

38 Hoffmann et al., *Wachstum*, S. 253–260 sowie 454f.; Petzina, Dietmar, *Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1969, S. 318 (Tab. 7) und S. 331 (Tab. 16).

39 Petzina, *Materialien*, S. 331. Die Wertschöpfung je landwirtschaftlich Beschäftigten betrug (in Preisen von 1913) 1925 nur noch 70 vH von 1913.

vestitionen am Nettosozialprodukt (zu Marktpreisen) sank von 3,8 vH (1910/13) auf 2,9 vH (1925/29), ihre Quote an den Investitionen insgesamt erhöhte sich allerdings leicht von 24,9 vH auf 26,0 vH; der Anteil der Investitionen des öffentlichen Sektors ging von 2,9 vH auf 2,0 vH zurück, wobei sich gleichzeitig ihr relatives Gewicht gegenüber den anderen Sektoren verringerte (Anteil an den volkswirtschaftlichen Investitionen 1910/13 19,0 vH, 1925/29 18,4 vH)<sup>40</sup>.

Hand in Hand mit dem Niedergang der Investitionstätigkeit, zugleich dessen sozial brisantester Ausdruck, ging der Anstieg der Arbeitslosigkeit von einem kaum je vor 1914 erreichten Tiefstand von 1,5 vH im Jahre 1922 (Durchschnitt 1919–1921 3,4 vH) über 9,6 vH 1923 auf durchschnittlich 11,4 vH 1924–1929<sup>41</sup>. Es rundet das Bild ab, daß seit der Stabilisierungskrise von 1924 eine tendenzielle Verschlechterung des Gütegrades des industriellen Anlagevermögens<sup>42</sup> nachweisbar ist. Dieser Indikator, Ausdruck für Höhe der Investitionen und Alterszusammensetzung der Produktionsanlagen, verringerte sich bis Mitte der dreißiger Jahre, um dann sprunghaft nach oben zu gehen. Die Wendepunkte bilden zugleich auch Zäsuren für die Wirtschaftsaktivitäten insgesamt – freilich im Aufschwung der dreißiger Jahre mit zeitlicher Verzögerung – und liefern insoweit wichtige Aufschlüsse für das wirtschaftliche „Klima“ einer Epoche.

Alle bisher genannten Indikatoren bestätigen das vorläufige Ende des ersten Rekonstruktionsaufschwungs um 1923/24. Unbeschadet der im einzelnen recht differenziert verlaufenden Investitions- und Produktionsbewegungen in den zwanziger Jahren läßt sich die Gesamtepoche bis hinein in die Weltwirtschaftskrise mit der Formel von der „unvollendeten Rekonstruktion“ umschreiben. Entgegen den unten diskutierten Erfahrungen der 1950er Jahre fand keine Ausschöpfung des vorhandenen Wachstumspotentials statt, die gesamtwirtschaftliche Erzeugung hat nur 1927/28 den Vorkriegsstand erreicht. Dieser Trendbruch „auf Zeit“ leitete in die Weltwirtschaftskrise über, wodurch sich die unausgenutzten Ressourcen weiter erhöhten, ja sogar erneut ähnliche strukturelle Verzerrungen wie Ende des Weltkrieges entstanden.

Da die Weltwirtschaftskrise keine spezifisch deutsche Erfahrung gewesen ist, soll an dieser Stelle den Ursachen, dem Verlauf und den internationalen Folgen nicht nachgegangen werden. Es mag der Hinweis genügen, daß an die Stelle verzögerten Wachstums des Kapitalstocks eine in der Geschichte des Industriekapitalismus einmalige Vernichtung von Teilen des industriellen Kapitalstocks stattgefunden hat, von den unmittelbaren Wirkungen des Krieges 1914/18 abgesehen. Die Wachstumsverluste von unvollendeter Rekonstruktion und internationaler Krise haben zur Charakterisierung der Weimarer Republik als Periode „relativer Stagnation“ geführt. Sie suggeriert die Hypothese von der Wirksamkeit dauerhafter, immanenter Stagnationsfaktoren, deren Existenz weder in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre noch seit 1933 erkennbar ist.

40 Berechnet nach Hoffmann, *Wachstum*, S. 259f. und 825f.

41 Nur Gewerkschaftsmitglieder. Zahlen und Quellennachweis im einzelnen in: Petzina, D., Abelshauser, W., Faust, A., *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III*, München 1978, S. 119f.

42 Der Gütegrad, definiert als Relation von Netto- zu Brutto-Anlagevermögen beträgt genau 50 vH, wenn die laufende Investitionstätigkeit das Ausmaß der Verschrottungen und der volkswirtschaftlich notwendigen Abschreibungen nicht übersteigt. Je höher der Wert, desto günstiger die Altersstruktur und umso größer die Investitionstätigkeit.

Die folgenden Gründe sind für die „unvollendete Rekonstruktion“ anzuführen:

1. Die auf privater Investitionstätigkeit und expansiver öffentlicher Nachfrage beruhende Rekonstruktions-Konjunktur wurde durch den Währungszерfall und die folgende Stabilisierungskrise abrupt abgebremsst. Das Ende der Inflationsperiode war gleichzusetzen mit dem Wegfall eines besonders förderlichen Produktionsklimas (billige Kredite, niedrige Lohnkosten, niedrige steuerliche Belastung, hohe Staatsnachfrage) und einer nachhaltigen Bereinigung verzerrter Kapazitätsstrukturen. Der Wachstumsfaktor „staatliche Defizitwirtschaft“, dessen Multiplikatorwirkung angesichts der angeführten Größenordnungen (siehe Anm. 36) nicht hoch genug veranschlagt werden kann, entfiel seit 1924, wenngleich sich die Gesamtsumme der öffentlichen Ausgaben nach wie vor deutlich über dem Niveau der Vorkriegszeit bewegte. Entgegen weitverbreiteter Vorstellung vom ständigen Ansteigen der staatlichen Ausgabenquote lagen die preisbereinigten Werte aller staatlichen Ausgaben im Durchschnitt der Jahre 1925/29 aber deutlich unter dem Stand von 1919/23:

**Tabelle 6:** Öffentliche Ausgaben einschließlich Sozialversicherung und Volkseinkommen  
(Preise von 1913)

Jahr	Volkseinkommen Mrd. M/RM	Öffentliche Ausgaben	
		absolut in Mrd. M/RM	Ausgaben in vH des Volkseinkommens
1909-1913 ø	47,27	6,84	14,5
1914	46,00	14,40	31,0
1915	41,50	25,70	62,0
1916	40,90	24,00	59,0
1917	40,00	30,60	77,0
1918	38,10	24,40	64,0
1919	34,20	14,60	43,0
1920	37,70	16,00	42,0
1921	40,40	14,80	34,0
1922	42,10	10,10	24,0
1923	37,90	17,90	47,0
1924	44,50	13,60	31,0
1925-1929 ø	49,52	12,78	25,8

Quelle: Siehe Witt, Peter-Christian, Finanzpolitik und sozialer Wandel in Krieg und Inflation, in: Mommsen, Hans et al. (Hg.), Industrielles System, S. 395 ff.

Die staatliche Finanzpolitik im allgemeinen und das öffentliche Investitionsverhalten im besonderen wirkten zwischen 1924 und 1932 in der Regel prozyklisch, d. h. unter den Bedingungen abgeschwächter privatwirtschaftlicher Impulse destabilisierend und schließlich krisenverschärfend.

2. Der Beitrag der deutschen Außenwirtschaft zum Sozialprodukt blieb in der Zwischenkriegszeit sehr viel geringer als vor dem Ersten Weltkrieg. Die Exportquote sank von 22 vH des Volkseinkommens (1913) auf 16 vH (1928), der Anteil der deutschen Ausfuhren am Weltexport verminderte sich von 13,2 vH auf 9,1 vH. Diese Entwicklung beschränkte sich weder auf Deutschland – Großbritannien war nicht weniger von den weltwirtschaftli-

chen Veränderungen betroffen – noch betraf es alle Branchen gleichermaßen<sup>43</sup>. Vor allem die Halbierung landwirtschaftlicher Exporte und der Rückgang der Ausfuhren von Rohstoffen und industriellen Halbwaren, aber auch der schrumpfende Verbrauchsgüterexport bewirkten den relativen Niedergang des deutschen Außenhandels, der zu keinem Zeitpunkt in der Zwischenkriegszeit das Gesamtvolumen von 1913 erreichte. Allerdings konnten so bedeutsame Ausfuhrbereiche wie die Maschinenindustrie und die chemische Industrie ihre Position sogar ausbauen, ohne damit jedoch den Gesamtrückgang korrigieren zu können.

Hier kann nicht den Differenzierungen innerhalb des deutschen Exports oder den Gründen für die weltwirtschaftliche Desintegration und die Enteuropäisierung des Welthandels nachgegangen werden. Zu nennen wäre die Konkurrenz der Vereinigten Staaten und neuer überseeischer Industrieländer ebenso wie der weltweite Protektionismus und eine das weltwirtschaftliche Austauschsystem zerstörende internationale Finanz- und Schuldenpolitik. Wichtig war vor allem das Ergebnis: der traditionelle Wachstumsmotor der deutschen Industrie wurde zum Teil funktionsunfähig, ohne daß ein voller Ausgleich auf dem Binnenmarkt gefunden worden wäre.

3. Die Schwäche der privaten Investitionen korrespondierte mit der 1924 deutlich verbesserten Reallohnposition der Arbeitnehmer. Der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen lag nach dem Ende der Inflation bis zur Weltwirtschaftskrise erheblich über dem Stand der Vorkriegszeit, hat aber auch während des Nationalsozialismus und nach dem Zweiten Weltkrieg kein Gegenstück besessen.

*Tabelle 7: Der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen 1910/13–1955/59 (in vH)*

1910/13	70,9
1925/29	87,3
1930/34	97,1
1935/38	78,1
1950/54	74,0
1955/59	72,8

**Quelle:** Hoffmann, Walther G., *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Heidelberg, New York 1965, S. 87.

Geringe Gewinnerwartungen und niedrige private Investitionen scheinen auf einen signifikanten Zusammenhang hinzudeuten, doch wäre es irreführend, allein diese Parallelität zu betonen. Unleugbar hat es in den zwanziger Jahren das psychologische Problem der „Überlastung“ des privatwirtschaftlichen Systems gegeben, doch ökonomisch bedeutsamer für die Investitionsschwäche war das volks- und weltwirtschaftliche Nachfragedefizit. Die in der Inflationsperiode geschaffenen Kapazitäten blieben auf diese Weise unzurei-

<sup>43</sup> Das Problem der Veränderung der deutschen Exportposition wird genauer diskutiert in: Petzina, Abelshau-  
ser, *Relative Stagnation*.

chend ausgelastet und verursachten ein durch Rationalisierungsanstrengungen zusätzlich vergrößertes Reservoir struktureller Arbeitslosigkeit, das in seiner krisenhaften Ausweitung seit 1929 zum Existenzproblem der Weimarer Republik wurde. Wie unbefriedigend die Lage der Unternehmen war, belegt die Entwicklung des Ausnutzungsgrades des industriellen Anlagevermögens: Er betrug im Jahresdurchschnitt 1925/29 81,4 vH, 1930/34, 61,1 vH hingegen 1935/39 87,5 vH<sup>44</sup>.

Angesichts unausgelasteter Kapazitäten, überschüssiger Arbeitskräfte und einer kurzfristig nicht beeinflussbaren Weltmarktnachfrage hätte sich eine aktivere staatliche Infrastrukturpolitik als Gegenstrategie ebenso angeboten wie die Stärkung der privaten Nachfrage einer potentiellen Massenkonsumgesellschaft, wie sie sich zur gleichen Zeit in den USA herausbildete. Ob dafür allerdings die politischen und institutionellen Voraussetzungen vorhanden waren, mag füglich bezweifelt werden<sup>45</sup>. Gleichwohl war es gerade die fatale Kombination falscher Strategien, die in Deutschland sowohl den in den Vereinigten Staaten in diesem Jahrzehnt prosperierenden Kapitalismus verhinderten als auch den Durchbruch zu einem wohlfahrtsinterventionistischen System mit kollektiver Nachfragesicherung unmöglich machten: Vorherrschaft der restriktiven Finanzpolitik, Lähmung eines funktionierenden Ausgleichs zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, Zerstörung des notwendigen Grundkonsenses zwischen den gesellschaftlichen Gruppen.

Der nationalsozialistische Zyklus bedarf trotz seiner im internationalen Vergleich einmaligen Merkmale schnellen Wachstums bei gleichzeitiger Konzentration auf den Binnenmarkt keiner ausführlicheren Interpretation. Wichtige ökonomische und politische Faktoren, die für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Weimarer Republik als Hypothek galten, verkehrten sich seit 1933 in ihr Gegenteil. Wenn die zweite Hälfte der zwanziger Jahre mit der Vorstellung der unvollendeten Rekonstruktion erfaßt werden kann, so die Periode seit 1933 als wahrgenommene Chance unausgeschöpfter Wachstumspotentiale der Weimarer Zeit. Das nationalsozialistische „Wirtschaftswunder“ war mehr als nur die Überwindung des konjunkturellen Einbruchs der Weltwirtschaftskrise, vielmehr auch Abbau des „akkumulierten langfristigen Wachstumsrückstandes“<sup>46</sup>. Was seit Mitte der zwanziger Jahre deformierend gewirkt hat, wurde seit 1933 zu einem förderlichen Wachstumsfaktor, wenngleich daraus kein Werturteil über die gesellschaftlichen und politischen Folgen dieses Wachstums abgeleitet werden darf.

Den Rahmen dieser Entwicklung bildete die gleichzeitige Desintegration der Weltwirtschaft, ohne daß Deutschland dabei eine herausragend destruktive Rolle gespielt hätte. Die deutsche Exportquote sank 1936 auf 7,5 vH des Volkseinkommens, so daß die Außenwirtschaft als konjunkturbestimmende Größe zu vernachlässigen ist; der deutsche Anteil am europäischen Handel blieb gleichwohl unverändert. Wesentlich hingegen wurden folgende binnenwirtschaftliche Tatbestände:

1. Die Expansion der staatlichen Nachfrage bestimmte entscheidend Ausmaß und Rich-

44 Krengel, Rolf, *Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956*, Sonderhefte des DIW, 42, Berlin 1958, S. 87. Die Zahlen beziehen sich nur auf das Gebiet der späteren Bundesrepublik.

45 Neuerdings zum Problem der politisch-institutionellen Möglichkeiten: Borchardt, Knut, *Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre, Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes*, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch 1979, München 1979.

46 Borchardt, *Trend*, S. 156.

tung des Wachstums sowie die Produktions- und Investitionsstruktur. Die Quote der öffentlichen Ausgaben erhöhte sich von 27,9 vH des Bruttosozialprodukts (1925/29) auf 36,7 vH (Jahresdurchschnitt 1933/38); öffentliche Investitionen und Rüstung zusammen beanspruchten 1938 nach den Schätzungen R. Erbes 20,7 vH des Sozialprodukts, gegenüber 8,1 vH 1928<sup>47</sup>.

Die Nettoinvestitionsquote stieg von 10,5 vH (1925/30) auf 13 vH (1935/38)<sup>48</sup>; zugleich veränderte sich die Zusammensetzung der volkswirtschaftlichen Investitionen zugunsten der Industrieinvestitionen (1928: 19 vH, 1938/39 25 vH) und hier wiederum beinahe ausschließlich zugunsten der Kapitalbildung in den Produktionsgüter-Industrien:

*Tabelle 8: Entwicklung der Industrie-Investitionen 1928 bis 1939*

	1928	1934	1935	1936	1937	1938	1939
<b>Produktionsgüter-industrie</b>							
Wert (Mio. RM)	1717	700	1221	1637	2208	2952	3596
Volumen (1928=100)	100	49	86	116	156	209	256
<b>Konsumgüterindustrien</b>							
Wert (Mio. RM)	898	360	415	522	635	739	836
Volumen (1928=100)	100	59	65	80	92	106	119

Quelle: Statistisches Handbuch von Deutschland, Hg. vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Stuttgart 1949, S. 460, S. 605.

Dieser einseitigen Ausrichtung der Investitionen entsprach ein tiefgreifender Strukturwandel des industriellen Anlagevermögens. Nach den Schätzungen des DIW vergrößerte sich das industrielle Bruttoanlagevermögen (bezogen auf westdeutsches Territorium) vom krisenbedingten Tiefstand 1935 bis 1939 um 13 vH (gegenüber einem Wachstum von 9 vH 1924/29), zwischen 1939 und 1943 – als sich die Investitionspolitik des Vierjahresplans voll auswirkte – erneut um 25 vH<sup>49</sup>. Der Anteil der Bereiche Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüter-Industrien stieg von 71 vH auf 76,4 vH (1943) und gleichzeitig fand eine nachhaltige Verjüngung der Anlagen statt (*Tabelle 10*).

2. Die Rentabilitätsbedingungen des eingesetzten Kapitals haben sich nachhaltig verbessert. Die Quote der Arbeitseinkommen (*Tabelle 7*) sank schnell zugunsten der Kapitalein-

47 Andic, Suphan, Veverka, Jindrich, *The Growth of Government Expenditure in Germany since the unification*, in: Finanzarchiv, 23 (1964), S. 261. Bezugsgröße ist dabei das von den Autoren aus den Volkseinkommensdaten hochgerechnete, üblicherweise kaum ausgewiesene Bruttosozialprodukt zu Faktorkosten. Weiterhin: Erbe, René, *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie*, Zürich 1958, S. 100–110.

48 Berechnet nach: Hoffmann et al., *Wachstum*, S. 259 f., S. 825 f.

49 Kregel, *Anlagevermögen*, S. 84 f.



kommen ab, die Lohnquote verringerte sich von 57 vH (Anteil am Volkseinkommen) auf 52 vH (1938/39), die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften vervierfachten sich von 1,3 Mrd. RM (1928) auf 5,0 Mrd. RM (1939). Die dramatische Verschlechterung der Verteilungsposition der Arbeiterschaft ist gleichwohl nicht ausschließlich mit staatlicher Repression zu erklären, sondern stellt zum Teil eine Korrektur „untypischer“ Verteilungsrelationen der zwanziger Jahre und der Krise dar. Allerdings konnten nach Erreichen der Vollbeschäftigung, zwischen 1936 und 1939, nur mit Hilfe rigider Lohnkontrollen die realen Stundenlöhne bei 80 vH des Standes von 1929 eingefroren werden. In bemerkenswertem Gegensatz hierzu erhöhte sich das reale Volkseinkommen mit einer Jahresrate von 8,2 vH (1933/38)<sup>50</sup>.

Das Regime hat auf diese Weise wichtige Bedingungen einer zweiten Rekonstruktion geschaffen, wenngleich einseitig forciert durch staatliche Rüstungsausgaben bei gleichzeitigem Rückstau der privaten Nachfrage. Es ist bezeichnend, daß trotz der erheblich verbesserten Ausnutzung des industriellen Bruttoanlage-Vermögens – worauf oben verwiesen wurde – sich im Bereich der Verbrauchsgüterindustrie die Tendenz umkehrte: Der Nutzungsgrad fiel von 93,3 vH (1925/29) auf 82,9 vH (1935/39). Müßig ist deshalb die Frage nach möglichen Alternativen zur Militärkonjunktur; ob es die Chance für einen dem Trend der internationalen Konjunktur zuwiderlaufenden, vom Weltmarkt losgelösten Binnenaufschwung gegeben hätte. Unter den politischen Bedingungen der dreißiger Jahre schied eine derartige Wahl aus.

3. Die Konjunktur des „nationalsozialistischen Zyklus“ wurde durch ein unausgeschöpftes Arbeitskräfte- und Qualifikationspotential, angewachsen in den zwanziger Jahren und der Weltwirtschaftskrise, nachhaltig gefördert. Zwischen 1933 und 1939 fand eine beschleunigte Umschichtung vom primären zum sekundären Sektor statt, die sich in Richtung und Ausmaß von den Erfahrungen der Weimarer Republik unterschied. Entgegen dem langfristigen Trend der Veränderung der Erwerbsstruktur seit dem 19. Jahrhundert waren die Verschiebungen nach dem Ersten Weltkrieg wegen fehlender Sogkraft der Industrie relativ gering gewesen. Insoweit entsprach der teilweise Abbau der großen „Strukturreserven“ in den dreißiger Jahren durchaus der Logik einer kapitalistischen Industriewirtschaft, die eine erneute Trendanpassung einleitete (siehe *Abb. 4*). Die Verringerung des Arbeitskräfteniveaus dokumentiert sich eindrucksvoll im Anstieg der landwirtschaftlichen Produktivität, die Mitte der zwanziger Jahre mit nur noch 70 vH des Standes von 1913 einen Tiefpunkt erreicht hatte<sup>51</sup>. 1938 überschritt die Wertschöpfung je agrarisch Beschäftigten das Niveau von 1925 um nicht weniger als 55 vH, so daß sich die bereits 1913 nachweisbare (und annähernd noch in der Gegenwart gültige) Produktivitätsrelation von 1:2 – Landwirtschaft zu nichtagrarischen Bereichen – wiederhergestellt hatte.

Die Strukturreserven der Landwirtschaft wurden ergänzt durch das stetig angewachsene Qualifikationspotential der Weimarer Zeit. Die Entwicklung der Spitzenqualifikationen sei als Indiz angeführt, obgleich dieselbe Tendenz auch in der Veränderung von berufsbezogenen Ausbildungsverhältnissen erkennbar ist. Die Zahl der Studierenden (wissenschaftliche Hochschulen) erreichte in der Weimarer Republik durchschnittlich 1,8 je 1000 E, mit krisenbedingten Spitzen während der Weltwirtschaftskrise. Sie lag damit doppelt so hoch wie vor dem Ersten Weltkrieg, während sie seit 1933 rapide auf einen Tiefstand von 0,8/1000 E.

50 Zahlen und Quellennachweise im einzelnen bei: Petzina, *Zwischenkriegszeit*, S. 117ff., S. 139ff.

51 Siehe Anmerkung 40.

absank<sup>52</sup>. Dieser Entwicklung entsprach eine vergleichbare Tendenz bei den Bildungsausgaben (Schulen und Hochschulen) des Staates: Sie beliefen sich im Durchschnitt der Jahre 1910/13 auf 2,54 vH des Nettosozialprodukts, 1925/29 auf 3,23 vH und 1935/37 auf 2,67 vH<sup>53</sup>. Diese besonderen Bildungsanstrengungen der zwanziger Jahre haben vermutlich die Qualität der vorhandenen Arbeitskräfte deutlich verbessert und auf diese Weise ihrerseits die Wachstumschancen der NS-Ära vorbereitet.

Am Ende dieses Teiles kann die Antwort auf die eingangs gestellte Frage – relative Stagnation oder verzögerte Rekonstruktion? – in eine zusammenfassende These einmünden: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Zwischenkriegszeit läßt sich nicht mit einem Stagnationsmodell deuten, sondern verlief als Rekonstruktion in zwei Etappen – 1919–1923 und 1933–1938, unterbrochen durch eine Phase verzögerter Rekonstruktion und die Weltwirtschaftskrise. Die besondere Intensität des „Wirtschaftswunders“ der dreißiger Jahre wurde möglich dank des zeitlich vorausgehenden Wachstumsstaus und der angehäuften Qualifikationsreserven der Weimarer Republik.

### III. Ein langfristiger Erklärungsansatz der „Wachstumsschwäche“ in der Bundesrepublik Deutschland

Die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums, die seit dem Ende der sechziger Jahre – und vollends im Zusammenhang mit den „Ölkrisen“ der siebziger Jahre – in das Bewußtsein der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik eingedrungen ist, hat eine Reihe von praktischen Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgeworfen, die von der Altersversorgung bis zur Vollbeschäftigung reichen. Auch in den wirtschaftlichen Zukunftserwartungen scheint sich – nicht zuletzt durch den Tempowechsel der wirtschaftlichen Entwicklung ausgelöst – eine im Grundzug pessimistische Betrachtungsweise durchzusetzen. Jedenfalls gehört es am Ende der siebziger Jahre zu einer weit verbreiteten Überzeugung, daß nichts mehr so ist, wie es vorher war.

An Versuchen, das Phänomen der „Wachstumsschwäche“ zu erklären, fehlt es nicht. In der tagespolitischen Auseinandersetzung werden je nach politischem Standort entweder die Einflüsse weltwirtschaftlicher Turbulenzen oder das Abweichen vom rechten Weg der marktwirtschaftlichen Wirtschafts(-ordnungs)politik für das Abflachen der westdeutschen Sozialproduktkurve verantwortlich gemacht. Während das erste Argument eher konjunkturelle Schwankungen erklären kann als die im Vergleich mit den fünfziger Jahren tendenziell niedrigeren Wachstumsraten, stützt sich das zweite auf Prämissen, deren Gültigkeit nicht leicht zu belegen ist. Um so attraktiver, weil der Ebene des kurzatmigen Meinungsstreites scheinbar entrückt, wirken deshalb solche Erklärungsmodelle, die die „Wachstumsschwäche“ in der BRD in den Zusammenhang langfristiger zyklischer Wachstumschwankungen stellen und die siebziger Jahre als Beginn der Abschwungphase eines „Kontratieff“ ansehen, dessen Aufschwung nach der Weltwirtschaftskrise oder am Ende des Zweiten Weltkrieges begonnen haben soll<sup>54</sup>. Zur Untermauerung dieser „Lange-Wellen-

52 Petzina et al., *Statistik*, S. 169.

53 Berechnet nach: Hoffmann et al., *Wachstum*, S. 728.

Hypothese“ wird versucht, kurz- und mittelfristige Schwankungen des Sozialprodukts von seinem Trend zu trennen, um so einen möglichen Langzeitzyklus wirtschaftlicher Entwicklung herauszuarbeiten, dessen Zustandekommen durch langfristige Innovationszyklen erklärt werden könnte. Diese sollen ihrerseits von Schwankungen der Gewinnerwartungen abhängen<sup>55</sup>.

Es ist für diesen Ansatz typisch, daß auch Kriegs- und Nachkriegsjahre aus der Betrachtung ausgeklammert werden, weil sie als irreguläre Abweichungen von dem vermuteten Typus des innovationsinduzierten Langzeitzyklus aufgefaßt werden<sup>56</sup>. Tatsächlich spricht aber einiges dafür, daß zusammen mit der Kriegs- und Nachkriegsperiode auch die wichtigsten Bestimmungsgründe der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik aus der Analyse langfristiger Wachstumsschwankungen ausgeklammert werden. Es gibt im Gegenteil eine Reihe guter Gründe für die Annahme, daß die westdeutsche Wirtschaft in den fünfziger Jahren eben von den „irregulären“ Wachstumsbedingungen bestimmt war, die am Kriegsende in Deutschland herrschten und die als mittelbare Folge der deutschen Teilung bis Anfang der sechziger Jahre – wenn auch mit nachlassender Intensität – in Westdeutschland immer wieder von neuem entstanden sind. Wenn man aber die zweite Hälfte der vierziger und die fünfziger Jahre als Rekonstruktionsperiode versteht, so läßt sich der Rückgang der Wachstumsraten in den sechziger und siebziger Jahren nicht als „Wachstumsschwäche“ diagnostizieren, sondern er entspricht der Rückkehr des Wachstums der deutschen Wirtschaft auf ein aus der langfristigen Beobachtung der deutschen Wirtschaftsgeschichte vertrautes Maß. Mit der „Sehweise“ der längerfristigen Wirtschaftsentwicklung ändert sich somit gleichzeitig die Perspektive gegenwärtiger und zukünftiger Erwartungen in geradezu dramatischer Weise.

Für eine Interpretation der beiden ersten Nachkriegsjahrzehnte als Rekonstruktionsperiode der westdeutschen Wirtschaft spricht zuerst der Verlauf des wirtschaftlichen Wachstums in diesem Zeitabschnitt selbst. Die Zuwachsraten des Sozialprodukts liegen anfangs außerordentlich hoch, nehmen aber trendmäßig bis in die sechziger Jahre hinein von Zyklus zu Zyklus stetig ab (vgl. Abb. 2). Seit Mitte der sechziger Jahre ähnelt das Verlaufsmuster des wirtschaftlichen Wachstums stark demjenigen der Hochindustrialisierung vor dem Ersten Weltkrieg, der längsten, von äußeren Störungen wenig beeinflussten Periode der deutschen industriewirtschaftlichen Entwicklung<sup>57</sup>. Wenn aber dieser eigenartige Verlauf

54 So z.B. Glismann et al., *Wachstumsschwäche*; Dupriez, Leon H., 1945–1971 als Aufschwungsphase eines Kondratieff-Zyklus? in: Ifo-Studien, 18 (1972), S. 503–516; Mensch, Gerhard, *Das technologische Patt, Innovationen überwinden die Depression*, Frankfurt/M. 1975.

55 Der Versuchung, auf diesem Weg doch noch in die tagespolitische Diskussion einzugreifen, können nicht alle Anhänger des „long swing“ widerstehen. So glauben Glismann et al. (*Wachstumsschwäche*) im zunehmenden Staatskonsum, der „über rückläufige Gewinnerwartungen die Investitionstätigkeit lähmt und das wirtschaftliche Wachstum bremst“ (S. 21) und in der langfristigen Verbesserung der Verteilungsposition der Arbeitnehmer, mit der „ein langfristiger wirtschaftlicher Niedergang und – mit zeitlicher Verzögerung – eine Zunahme der Arbeitslosigkeit“ (S. 24) einhergehe, die Ursachen der „Wachstumsschwäche“ der siebziger Jahre gefunden zu haben.

56 Zur Eliminierung der Sonderbedingungen des Nachkriegswachstums halten es Glismann et al. für ausreichend, die Kriegs- und Nachkriegsjahre 1939–1949 (wie auch 1914–1924) in ihrer Analyse nicht zu berücksichtigen, weil „es einiger Jahre nach den Kriegen bedarf, um wieder an die vor den Kriegen erreichten Entwicklungstendenzen anzuknüpfen“. (Ebenda, S. 11, Fußnote 3).

57 Auf diesen Sachverhalt weist K. Borchardt hin (*Wandlungen des Konjunkturphänomens*). Dort finden sich auch Darstellungen des Verlaufsmusters der industriellen Produktion sowie der Roheisen- und Stahlerzeugung (S. 16–18).

des wirtschaftlichen Wachstums die Rückkehr der deutschen Volkswirtschaft zur „Normalität“ signalisiert – wobei eine Referenzperiode der „Normalität“ im deutschen Fall offenbar schwer zu finden ist<sup>58</sup> – dann muß die Frage nach den besonderen Bedingungen gestellt werden, die für das schnelle Wachstum in den fünfziger Jahren verantwortlich sind. Diese Bedingungen lassen sich vor allem in der wirtschaftlichen Ausgangslage des Jahres 1945 finden. Sie kehren aber auch als mittelbare Auswirkungen der seit Kriegsende massierten Ost-West-Wanderung wieder und wirken damit wie ständige Verbesserungen der Rekonstruktionsbedingungen. Dieser bis Anfang der sechziger Jahre anhaltende Ressourcetransfer nach Westdeutschland und der im Vergleich mit den Nachbarländern späte Beginn der Rekonstruktion führen dazu, daß die westdeutsche Rekonstruktionsperiode nicht nur alle europäischen Wachstumsrekorde schlägt, sondern auch ungewöhnlich lange anhält.

Der Substanzverlust der deutschen Wirtschaft durch den Zweiten Weltkrieg ist lange Zeit stark überschätzt worden. Unter den Trümmern der Zentren deutscher Großstädte schien auch die Wirtschaft verschüttet. Gewiß, der Kapitalstock war durch Bombenkrieg, Erdkämpfe, NS-Sabotage, Restitutionsen und Demontagen – in der Nachkriegszeit auch durch Desinvestition – vermindert worden. Eine industrielle Vermögensrechnung für Westdeutschland zeigt jedoch, daß die Substanz des Anlagekapitals erhalten blieb. Gemessen am Stand von 1936 war sie dank hoher Investitionen in den Jahren bis 1943 sogar noch reicher geworden.

*Tabelle 9: Entwicklung des Brutto-Anlagevermögens der Industrie im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 1936–1948 (1936 = 100)*

<b>Brutto-Anlagevermögen</b>	<b>100</b>
Brutto-Anlageinvestition (real) 1936–1945 in vH von 1936	+ 75,3
Volkswirtschaftliche Abschreibung (real) 1936–1945 in vH von 1936	- 37,2
Kriegszerstörung (real) in vH von 1936	- 17,4
<b>Brutto-Anlagevermögen 1945</b>	<b>120,6</b>
Brutto-Anlageinvestition (real) 1946–1948 in vH von 1936	+ 8,7
Volkswirtschaftliche Abschreibung (real) 1946–1948 in vH von 1936	- 11,5
Restitution (real) 1945–1948 in vH von 1936	- 2,4
Demontage (real) 1945–1948 in vH von 1936	- 4,4
<b>Brutto-Anlagevermögen 1948</b>	<b>111,1</b>

Quelle: Berechnet nach Krengel, Anlagevermögen, S. 98–107.

<sup>58</sup> Der Begriff der „Normalität“ ist auch in anderer Hinsicht problematisch. Er könnte suggerieren, daß Abweichungen vom wirtschaftspolitischen Zielkatalog – soweit sie in dem Wachstumsrückgang ihre Ursache haben – „normal“ seien und daher hingenommen werden müßten. Gemeint ist aber lediglich, daß Tempo und Verlaufsmuster der wirtschaftlichen Entwicklung heute nicht aus einem Rahmen fallen, der uns aus früheren Perioden der deutschen Wirtschaftsgeschichte vertraut ist, der aber keineswegs für unsere gegenwärtigen Vorstellungen des wirtschafts- und sozialpolitisch Möglichen bestimmend sein kann (und es auch schon vor hundert Jahren für einen großen Teil der Bevölkerung nicht war).

Auch war die Zusammensetzung des Kapitalstocks keineswegs ungünstig. Der Altersaufbau des industriellen Brutto-Anlagevermögens hatte sich im Vergleich zu 1935 nachhaltig verbessert.

*Tabelle 10: Altersstruktur des Brutto-Anlagevermögens der Industrie*

Altersklassen (Jahre)	1935	1945	1948
0 - 5	9	34	16
5 - 10	20	21	34
10 - 15	} 71	6	12
über 15		39	38

Quelle: Krengel, Anlagevermögen, S. 52 f.

Selbst in der Verbrauchsgüterindustrie, die im Schatten der NS-Kriegsinvestitionen gestanden hatte, erhöhte sich bis 1945 der Anteil der bis zu fünfjährigen Anlagen bedeutend, der bis zu zehnjährigen immerhin noch leicht. Entsprechendes gilt für den Gütegrad: Von seinem absoluten Tiefpunkt (49,7 vH) im Jahre 1935 verbesserte er sich bis 1945 auf einen Höchstwert (61,3 vH), der erst Ende der fünfziger Jahre wieder leicht übertroffen werden konnte (vgl. Tab. 5). Auch hier ragten die Bergbau-, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie die Investitionsgüterindustrie weit über die anderen Industriegruppen hinaus, wenn auch die Konsumgüterindustrien keineswegs hinter dem Vorkriegsgütegrad zurückstanden. Die Bundesrepublik erbte vom Deutschen Reich nicht nur einen trotz der Kriegszerstörungen mengenmäßig gewachsenen Kapitalstock, sondern zugleich auch eine Qualität der Produktionsstruktur, die gemessen an den Erfordernissen des Wiederaufbaus im Innern und der Nachfrage des Weltmarkts ausgesprochen günstig genannt werden muß.

Auch die Eröffnungsbilanz des Arbeitskräftepotentials war insgesamt positiv. Am Ende des Krieges hatte sich die Zahl der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerung in den drei Westzonen (ohne Berlin) im Vergleich zu 1939 um 5 vH erhöht. Bis 1948 stieg das Arbeitskräftepotential im Drei-Zonen-Gebiet um weitere 6 vH<sup>59</sup>. Die Qualifikationsstruktur dieses zahlenmäßig angewachsenen Potentials dürfte sich durch den Krieg kaum verschlechtert haben. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß die Fähigkeit zur Beherrschung neuer und produktiverer Arbeitsprozesse gerade durch den Krieg und die durch ihn ausgelösten besonderen Anstrengungen noch gesteigert werden konnte<sup>60</sup>. In Deutschland lag der Schwerpunkt der Bemühungen, die industrielle Produktivität durch Verbesserung der Qualifikationsstruktur zu erhöhen, auf betrieblichen Ausbildungsprogrammen für Ar-

59 S. dazu: Abelshauser, Werner, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 30), Stuttgart 1975, S. 104 und: Manz, Matthias, *Stagnation und Aufschwung in der französischen Zone von 1945-1948*, rer. pol. Diss. Mannheim 1968, S. 69.

60 Simon Kuznets (*Postwar Economic Growth*, Cambridge Mass. 1964, S. 79) betont dies ebenso entschieden wie die Schwierigkeit, diesen Effekt zu quantifizieren; vgl. auch Postan, M. Michael, *An Economic History of Western Europe 1945-1964*, London 1967, S. 23; Aukrust, *Factors*, S. 39.

beitskräfte, die aus der Landwirtschaft kamen, auf einem intensiveren Austausch von Patenten und technischen Produktionsverfahren sowie auf der Vereinfachung der Herstellungstechnik und der Typenrationalisierung<sup>61</sup>. Ermöglicht wurde die Höherqualifizierung deutscher Arbeitskräfte auch durch den Einsatz von „Fremdarbeitern“, die in der Industrie auf dem Höhepunkt der industriellen Erzeugung im Juli 1944 knapp 30 vH aller Beschäftigten ausmachten und die vorzugsweise für weniger qualifizierte Tätigkeiten eingesetzt wurden. Tatsächlich trugen „learning-by-doing“-Effekte dazu bei, daß „Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften ... kein ernsthafter limitierender Faktor der Kriegsproduktion gewesen sein konnte“<sup>62</sup>. Dies muß auch für die Nachkriegszeit gelten, zumal drei Viertel von den 9,1 Millionen aktiven Wehrmachtsangehörigen des Jahres 1944 in den ersten beiden Nachkriegsjahren zurückkehrten<sup>63</sup>.

Allerdings verschob sich gleichzeitig die Zusammensetzung des Arbeitskräftepotentials in einer Weise, die die Leistungsfähigkeit dieses Produktionsfaktors zumindest kurzfristig verminderte. Innerhalb des Arbeitskräftepotentials verringerte sich der Anteil der jüngeren Altersgruppen (14 bis unter 40 Jahre) von 42,9 vH auf 36,6 vH, während der (körperlich) weniger leistungsfähige ältere Teil seinen Anteil von 27,8 vH im Jahre 1939 auf 31,2 vH im Jahre 1946 erhöhte. Die Gruppe der Kinder bis 14 Jahre konnte allerdings aufgrund der relativ starken Geburtsjahrgänge kurz vor und während des Krieges und des verhältnismäßig großen Anteils von Kindern unter den Zuwanderern ihren Anteil im Vergleich zu 1939 noch verbessern. Auch der Anteil der Frauen am Arbeitskräftepotential stieg an, während gerade die weibliche Erwerbsquote – noch mehr als die der Männer – im Vergleich zur Vorkriegszeit deutlich sank<sup>64</sup>.

Nachhaltiger noch als diese strukturelle Deformation des Faktors Arbeit wirkte sich die Verschiebung der sektoralen Arbeitsplatzstruktur auf seine kurz- und mittelfristigen Verwertungsmöglichkeiten aus. In der Bizone nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze von 1939 bis 1947 um 11 vH zu, während gleichzeitig die Beschäftigung in der Industrie um 9 vH zurückging<sup>65</sup>. Zum ersten Mal seit der ersten Berufszählung im Jahre 1882 – wahrscheinlich aber seit dem Beginn der Industrialisierung überhaupt – wurde damit in Deutschland der Trend zur absoluten und relativen Expansion des industriellen Sektors aus anderen als konjunkturellen Gründen aufgehalten und sogar in sein Gegenteil verkehrt.

Die wichtigste Ursache für das Auseinanderfallen von Berufs- und Arbeitsplatzstruktur im Nachkriegsdeutschland ist in der regionalen Fehlleitung des Arbeitskräftepotentials zu suchen. Der breiteste Strom zusätzlicher Arbeitskräfte aus dem Osten ergoß sich nämlich

61 Wagenführ, Rolf, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945*, 2. Aufl., Berlin 1963, S. 40; *The United States Strategic Bombing Survey, The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy*, o. O. 1945, S. 37.

62 *Strategic Bombing Survey Effects*, S. 37.

63 Im März 1947 waren 2 356 000 Kriegsgefangene noch nicht zurück, im Herbst noch etwa 1 750 000 (Bundesarchiv Z40/159).

64 Vgl. Abelshauser, *Wirtschaft in Westdeutschland*, S. 109; hierin kommt nicht zuletzt der geringe Anreiz zur Erwerbstätigkeit in einer Zeit inflationären Geldüberhangs zum Ausdruck. Frauen im Alter von 14 bis unter 50 Jahren waren zwar grundsätzlich zur Arbeit verpflichtet, konnten aber davon befreit werden, wenn sie als Hausfrauen selbst tätig waren oder als Tochter im elterlichen Haushalt mithalfen, studierten oder Kinder im schulpflichtigen Alter zu betreuen hatten. Von der Arbeit befreite Frauen bezogen dennoch – soweit sie sich registrieren ließen – Lebensmittelkarten, deren Besitz wichtiger war als zusätzlicher Geldlohn.

65 Vgl. ebenda, S. 110f.

in jene Länder der späteren Bundesrepublik, in denen der Anteil industrieller Arbeitsplätze relativ klein war. Neben der Besatzungspolitik<sup>66</sup> war die Wohnraumnot in den industriellen Ballungszentren für diese Fehlleitung der Ressourcen verantwortlich. Am Beispiel der britischen Zone wird die Dislokation der Arbeitskraft besonders deutlich.

*Tabelle 11: Dislokation des Arbeitskräftepotentials in der britischen Zone*

	Kriegsbedingter Verlust <sup>a</sup> an Wohnungen; Stand 1945/47 in vH des Vorkriegsstandes	Entwicklung des Anteils der abhängig Beschäftigten des industriellen Sektors an der Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten			Wachstum des Arbeitskräftepotentials 1939-1946 vH
		1938	1947	Differenz	
Schleswig-Holstein	14	44,5	35,3	- 9,2	+47,9
Hamburg	54	44,5	40,2	- 4,3	-22,2
Niedersachsen	16	50,7	36,6	-14,1	+28,5
Nordrhein-Westfalen	27	66,4	56,9	- 9,5	- 7,1
Britische Zone	-	59,1	47,6	-11,5	+ 4,0

a) Luftkrieg und sonstige Kampfhandlungen, nur schwere Schäden.

Berechnet nach: Verwaltung für Arbeit, Das Arbeitspotential in der Britischen Zone, Lemgo, Okt. 1947, Tab. 5, BA, Z 40/159; Der Bundesminister für Wohnungsbau (Hg.), Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1951, S. 46.

Nur so ist es zu verstehen, daß in den ersten Nachkriegsjahren trotz eines reichlichen Gesamtangebotes an Arbeitskräften und gleichzeitig extrem niedriger Auslastung des Produktionspotentials die Nachfrage nach bestimmten Berufen nicht gedeckt werden konnte. In der britischen Zone z. B. kamen Ende 1946 auf einen arbeitslosen Bauhandwerker zwei offene Stellen – ganz zu schweigen von der Lage im Bergbau<sup>67</sup>.

Diese Lage auf dem Arbeitsmarkt kennzeichnet die Ambivalenz der Eröffnungsbilanz des westdeutschen Wiederaufbaus. Einerseits waren schon unmittelbar nach Kriegsende die materiellen Voraussetzungen für schnelles Wirtschaftswachstum in den Produktionsfaktoren vorhanden. Auf der anderen Seite ließen zahlreiche Hemmnisse und Verwerfungen in der Organisation und in der materiellen Infrastruktur des Wirtschaftsprozesses, die nur schrittweise zu überwinden waren, noch Anfang 1947 ein höheres Produktionsniveau als drei Zehntel des Vorkriegsstandes der industriellen Erzeugung nicht zu. Nachdem im Laufe des Jahres 1947 die wichtigsten Hindernisse beseitigt und der Wirtschaftsprozess in Gang gekommen war, konnte aber die effektive Nachfrage schnell in verfügbare Kapazitäten hereinwachsen<sup>68</sup>. Bis etwa Mitte der fünfziger Jahre sind Produktionserhöhungen des-

<sup>66</sup> Vor allem in der französischen Besatzungszone wurde die Aufnahme von Flüchtlingen restriktiv gehandhabt; vgl. Manz, *Aufschwung*, S. 70.

<sup>67</sup> Arbeitsblatt für die britische Zone, 1 (1947), S. 37f.; bei den Bergleuten betrug diese Relation 6:100.

<sup>68</sup> Vgl. Abelshauser, Werner, *Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft 1945-1953*, in: Winkler, Heinrich A. (Hrsg.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland* (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5) Göttingen 1979, S. 208-253. Dort werden auch die Gründe diskutiert, die

halb vor allem der besseren Anlagennutzung zu verdanken, erst danach bedurfte es zur weiteren Produktionssteigerung eines starken Ausbaus der Kapazitäten. Dieser Übergang wird in dem signifikanten Anstieg des marginalen (Brutto-) Kapitalkoeffizienten deutlich. Mußten im Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1955, dem ersten Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft, nur 2,4 vH des realen Bruttoinlandsprodukts investiert werden, um eine Zunahme desselben um 1 vH zu ermöglichen, so waren im Durchschnitt des dritten Zyklus (1959–1963) dafür schon 4,5 vH des Bruttoinlandsprodukts als Investition erforderlich<sup>69</sup>.

Mit diesem Übergang von der extensiven Phase des „Wiederaufbaus“ im engeren Sinne zu einer Phase kapitalintensiveren Wachstums ist aber nicht das Ende der besonderen, kriegsinduzierten Wachstumsbedingungen – also der Rekonstruktionsperiode – beschrieben. Ihre spezifische Wirksamkeit rückt im Gegenteil erst jetzt voll ins Blickfeld. War das stürmische Wachstum der westdeutschen Wirtschaft bisher möglich, weil auf Kapital und Arbeit in fast unbegrenzten Mengen zurückgegriffen werden konnte, so erlaubten jetzt schnell verfügbare qualitative Kapazitätsreserven im Arbeitskräftepotential die schnelle Anpassung des Kapitalstocks an den gegebenen Stand der Technik und an die sich wandelnde Struktur der Nachfrage. Hatte das wirtschaftliche Wachstum bis zur Mitte der fünfziger Jahre dazu geführt, die traditionelle Bereichsstruktur der deutschen Industrie wiederherzustellen – wobei starke Strukturspannungen innerhalb der Industriebereiche, die in den Jahren nach 1945 als Folge der deutschen Teilung entstanden waren, wieder beseitigt werden konnten –<sup>70</sup>, so war das Wachstum der Kapazitäten nunmehr durch raschen Wandel der Angebotsstruktur gekennzeichnet. Dabei konnte in erster Linie auf diejenigen Produktivitätsreserven zurückgegriffen werden, die schon seit den ersten Nachkriegsjahren im Arbeitskräftepotential vorhanden waren, deren Effektivität aber durch das mengenmäßige und räumliche Mißverhältnis von Qualifikations- und Arbeitsplatzstruktur blockiert war. In dem Maße wie dieses Mißverhältnis zurückging – von 1949 bis 1964 wurde z. B. die Mobilität der Arbeitskräfte durch den Bau von 8 Millionen Wohnung gefördert – konnten Reserven an „human capital“ mobilisiert werden, die andernfalls unter Aufwendung beträchtlicher Teile des Sozialprodukts hätten „produziert“ werden müssen.

Als schließlich die bei Kriegsende vorhandenen Reserven ausgeschöpft waren, versiegte diese Quelle der Rekonstruktion noch immer nicht. Sie wurde in 15 Nachkriegsjahren ständig neu gespeist. Zum Zeitpunkt der Bevölkerungszählung von 1946 lebten 7,1 Millionen Menschen in Westdeutschland, die vor Kriegsbeginn außerhalb der Grenzen des späteren Bundesgebietes gewohnt hatten. Bis 1950 kamen weitere 2,5 Millionen zu dieser Personengruppe hinzu. Es handelte sich dabei keineswegs in der Masse um Frauen, Kinder und Alte, wie es die Erinnerung an elende Flüchtlingstrecks aus dem Osten suggerieren könnte. Es darf vielmehr aufgrund der demographischen und beruflichen Struktur der Vertriebenen angenommen werden, daß sie die entsprechenden Relationen der Gesamtbevölkerung

---

nach 1947 und endgültig nach 1950/51 – anders als in der Zwischenkriegszeit – die Nutzbarmachung der Produktivitätsreserven erlaubten.

69 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), JG 1964/65, Ziffer 93; vgl. auch Krengel, *Anlagevermögen*, S. 42.

70 Anfang 1956 entsprach die Bereichsstruktur des Brutto-Anlagevermögens im wesentlichen wieder der von Anfang 1930, so daß diese Phase der Nachkriegsentwicklung unter diesem Gesichtspunkt mit Recht als „Wiederaufbau“ bezeichnet werden kann. Vgl. dazu Krengel, *Anlagevermögen*, S. 20 und Grüning, Ferdinand und Krengel, Rolf, *Die Expansion der westdeutschen Industrie 1948 bis 1954*, DIW-Sonderhefte, Berlin 1955.



„eher günstiger als ungünstiger“<sup>71</sup> beeinflusst haben. Dies trifft in noch höherem Maße auf jene 3,6 Millionen zu, die in den Jahren 1950 bis 1962 aus der DDR zuwanderten. An dieser Wanderungsbewegung waren – gemessen an 1000 der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe – die Gruppen der 18- bis unter 21-jährigen sowie der 21- bis unter 25-jährigen mit 47,2 bzw. 36,4 vH am stärksten beteiligt<sup>72</sup>. Auf diese Altersgruppen, deren Mobilität besonders hoch und deren Ausbildung in der Regel abgeschlossen war, übte der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik eine besonders große Anziehungskraft aus. Entsprechend lag die Erwerbsquote bei den Zugewanderten mit durchschnittlich 58 vH weit über derjenigen der Bevölkerung der Bundesrepublik, die zwischen 48 und 49 vH schwankte<sup>73</sup>.

Die Bedeutung dieses gewaltigen Transfers an „human capital“ kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Unterstellt man, daß die Investition in eine Arbeitskraft, die in der DDR ausgebildet wurde und später die Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials der Bundesrepublik bereicherte, mit 15 000 DM angesetzt werden kann, so beläuft sich der Wert des in den fünfziger Jahren importierten „human capital“ auf rund 30 Mrd. DM<sup>74</sup>. Dieser Ansatz wird indes nur den einfacheren Qualifikationen unter den Zugewanderten gerecht. Tatsächlich sind aber gerade überdurchschnittlich viele Ingenieure, Ärzte und sonstiges hochqualifiziertes Personal in die Bundesrepublik Deutschland herübergewechselt<sup>75</sup>. Indirekt läßt sich der selektive Charakter der Abwanderung am Anteil ausgebildeter Ingenieure an der Gesamtbeschäftigtenzahl der beiden deutschen Staaten ablesen. Während in der Bundesrepublik Deutschland 0,33 vH der Erwerbstätigen (1956) diese Qualifikation aufwiesen, waren es in der Deutschen Demokratischen Republik 1955 nur 0,07 vH (1959: 0,09 vH). Die DDR fällt damit völlig aus dem Rahmen des internationalen Standards in Ost und West<sup>76</sup>, obwohl im Verhältnis zur Bevölkerung annähernd doppelt so viele Ingenieure ausgebildet wurden (1958) wie in Westdeutschland<sup>77</sup>. Unter diesen Bedingungen wird verständlich, warum in den fünfziger Jahren die öffentlichen Ausgaben für Ausbildung in der Bundesrepublik noch unter dem relativen Standard der Weimarer Republik liegen konnten, ohne daß dies negative Konsequenzen für den Arbeitsmarkt gehabt hätte.

Auch im Vergleich zum Europäischen Wiederaufbauprogramm (ERP), das für die Bundesrepublik über vier Jahre verteilt einen Umfang von 1,5 Mrd. Dollar erreichte, wird deutlich, daß die Zuwanderer aus der DDR, ebenso wie die Heimatvertriebenen, zum wichtig-

71 Edding, Friedrich et al., *Das deutsche Flüchtlingsproblem*, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1949, S. 24; die Verf. stellen schon Anfang 1949 (!) fest, daß „der zweckvolle Einsatz dieser Kräfte, die infolge der ungünstigen regionalen Verteilung noch häufig brachlagen, ... bereits einen wesentlichen Schritt vorwärts bedeuten“ würde. Vgl. auch Edding, F., *Die Flüchtlinge als Belastung und Antrieb der westdeutschen Wirtschaft*, Kieler Studien, 12, Kiel 1952.

72 Im Durchschnitt der Jahre 1953–1959; WiSta 1961 (Text), *Abwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone nach dem Bundesgebiet seit 1950*, S. 522.

73 Im Durchschnitt der Jahre 1953 bis 1960; ebenda.

74 Diese grobe Schätzung beruht auf einem Ansatz von Fritz Baade aus dem Jahre 1957 (*Gesamtdeutschland und die Integration Europas*, in: Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 17, Köln und Opladen 1957, S. 18). Baade schätzte damals einen Transfer von 22,5 Mrd. DM. Diese Schätzung wurde von Walter Ulbricht nach dem Bau der Mauer aufgegriffen (Neues Deutschland vom 28. 11. 1961) und kurze Zeit später auf 30 Mrd. DM hochgerechnet (Pravda vom 30. 12. 1961).

75 Im Zeitraum von 1952–1963 haben weit über 20 000 Ingenieure und Techniker, 4500 Ärzte und 1000 Hochschullehrer einen Antrag auf Bundesnotaufnahme gestellt. Stat. Jb. f. d. BRD, 1964, S. 74.

76 UN, *Economic Survey of Europe in 1961*, Part 2, Genf 1964, V, 14.

77 Ebenda, V, 16.

**Tabelle 12:** Öffentliche Ausgaben für Ausbildung im Deutschen Reich bzw. in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Anteil	
	an den öffentl. Gesamtausgaben vH	am Brutto- sozialprodukt vH
1925	13,9	2,8
1951	8,0	2,4
1956	9,5	2,7
1962	9,6	3,0
1968	13,4	4,0

**Quelle:** SVR, JG 1965/66, S. 179, Tab. 77. Der Bundesminister für Wissenschaft und Bildung, Bildungsbericht 70, Bonn 1970, S. 26.

sten Aktivposten der westdeutschen Wirtschaft wurden und nicht Gegenstand „selbstmörderischer Humanität“ waren, wie dies zeitgenössische Beobachter gelegentlich befürchteten<sup>78</sup>. Mit einem Transfer an „human capital“ von jährlich 2,6 Mrd. DM – im Durchschnitt von 12 Jahren – übertraf Stalins unfreiwillige und ungeplante „Hilfe“ für die westdeutsche Wirtschaft jedenfalls das Ausmaß der Marshallplan-Hilfe bei weitem. Mitten in einer Entwicklungsphase, in der die Fähigkeit von Management und Arbeiterschaft, den Strukturwandel qualitativ zu bewältigen „(is) an important factor limiting the extent to which European countries can exploit their low starting position in order to grow faster“<sup>79</sup>, wurde „human capital“ geradezu zum strategischen Faktor europäischer Wachstumschancen. Nicht zuletzt als Ergebnis der deutschen Teilung verfügte die Bundesrepublik auf diesem Gebiet – wenn auch in abnehmendem Maße – über größere Reserven als ihre westeuropäischen Nachbarn. Sie konnte dadurch auch nach Ende der engeren Wiederaufbauphase relativ hohe Raten des Produktivitätsfortschritts erzielen, die ihr auf dem Weltmarkt einen Produktivitäts- und Preisvorteil sicherten und damit zur wichtigsten Voraussetzung für ihre starke Stellung im Außenhandel wurden. Von daher wirkte dieser Wachstumsimpuls auf das innere Entwicklungstempo zurück<sup>80</sup>.

In der ersten Hälfte der sechziger Jahre mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die Wirksamkeit jener besonderen Wachstumsbedingungen der westdeutschen Nachkriegswirtschaft auslief. Politiker und Wissenschaftler wiesen in noch vagen Worten auf das „Ende der Nachkriegszeit“ hin<sup>81</sup>. Sie hatten auch Grund dafür.

<sup>78</sup> Vgl. Baade, *Gesamtdeutschland*, S. 17. Es soll bei dieser Einschätzung keineswegs übersehen werden, daß die massenhafte Westwanderung im Frühstadium des Wiederaufbaus vor allem die Not vergrößert hatte und unter restriktiven Bedingungen zu einem kaum zu entschärfenden sozialen und politischen Sprengsatz für die westdeutsche Gesellschaft geworden wäre.

<sup>79</sup> Maddison, Angus, *Economic Growth in the West*, London 1964, S. 94.

<sup>80</sup> SVR, JG 64/65, Ziffer 9 ff.; vgl. auch Giersch, Herbert, *Growth, Cycles and Exchange Rates – The Experience of West Germany* (Wicksell Lectures 1970) Stockholm 1970.

<sup>81</sup> So z. B. der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard auf dem 13. Parteitag der CDU in Düsseldorf (1965): „Die Bundesrepublik steht in der inneren Politik ... nach der Periode des Auf- und Ausbaus der wirt-

Die Grenzen des Arbeitskräftepotentials waren erreicht, technischer Fortschritt nicht mehr beliebig umsetzbar, die Kapitalproduktivität hatte deutlich abgenommen. Mit der Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate auf durchschnittlich 3 vH per anno, die sich als Annäherung an die „natürliche Wachstumsrate“ im Harrod'schen Sinne interpretieren ließe, wurden Wachstumsinstabilitäten zunehmend wirksamer, d.h. Schwankungen um den Wachstumstrend, die seit Anfang der fünfziger Jahre zum Erscheinungsbild der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik gehörten, traten nunmehr akzentuiert hervor. Gleichzeitig wurde das „Phillips-Dilemma“<sup>82</sup> auch für die westdeutsche Wirtschaft zum Problem. In diesem Maße vorher unbekannte Verteilungsprobleme traten auf. Das soziale Klima wurde frostiger.

Diese „grundlegenden Veränderungen“ beschreiben eine „Wende“, die „weil sie sich aus einem längeren Prozeß heraus entwickelte, in ihrer ganzen Tragweite von vielen nicht rechtzeitig und nicht voll gewürdigt wurde“<sup>83</sup>. Ludwig Erhard, dessen Kanzlerschaft diese von ihm selbst gesehene Wende nicht lange überdauerte, nannte in seiner Regierungserklärung von 1965 die Ursache des grundlegenden Wandels des Wachstumsmusters der westdeutschen Wirtschaft: die quantitative und qualitative Erschöpfung der deutschen Arbeits-

*Tabelle 13: Quellen des Arbeitsmarktes im Bundesgebiet (Veränderung der Jahresdurchschnittsbestände in Tausend)*

	1951	1955	1960	1961	1962	1963
Natürliche Bevölkerungsbewegung <sup>a</sup>	225	375	-35	-46	-90	-52
Arbeitslosenreserve	148	293	241	90	26	-31
Wanderungsgewinn	127	161	56	125	116	49
Ausländische Arbeitnehmer	b)	8	112	196	154	144
Statistische Differenz	-7	-2	53	-21	-14	-13
Erwerbstätige	523	835	427	344	192	97

a) Einschließlich Änderungen in der Erwerbsbeteiligung.

b) Bei Wanderungsgewinnen enthalten.

Quelle: SVR, JG 1964/65, S. 51, Tabelle 26.

schaftlichen Produktion, ... - kurzum dem, was man in der Welt das „deutsche Wunder“ genannt hat - ... in den nächsten Jahren vor außergewöhnlichen Aufgaben.“ (zit. nach: *Zwanzig Jahre Bundesrepublik Deutschland in Dokumenten*, hrsg. v. M. Mereth, München 1969, S. 205 f.; vgl. auch Körner, Heiko, *Die gesellschaftliche Dimension der Wirtschaftspolitik*, in: Jb. f. Sozialwissenschaft, 22 (1971), S. 1: „Etwa in den Jahren 1962/63 ist ein Umbruch in der allgemeinen Lage festzustellen“. Oder: Altvater, Elmar, *Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders*, in: Neue Kritik, 38/39 (1966).

82 Vgl. dazu Bleibinhaus, Hans, *Die Ursachen der schleichenden Inflation in der Bundesrepublik Deutschland von 1954-1965*, Diss. Mannheim 1968, S. 107-119.

83 Erhard, Ludwig, *Regierungserklärung vom 10. November 1965*, in: Beyme, Klaus v. (Hrsg.), *Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt*, München, Wien 1979, S. 197.

**Tabelle 14:** Die relative Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität

Jahr	Effektiv <sup>a</sup>	Struktureffekt <sup>b</sup>
	Zuwachs gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in vH	
1951	8,7	1,6
1952	7,4	1,1
1953	5,8	0,8
1954	5,0	1,1
1955	8,2	1,2
1956	4,2	1,1
1957	3,9	0,9
1958	2,8	0,6
1959	6,2	0,6
1960	7,4	0,7
1961	4,5	0,5
1962	3,3	0,1
1963	2,8	-0,1

a) Gebietsveränderung berücksichtigt.

b) Bei Zugrundelegung der Volumenproduktivität in den einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Quelle: Schwanse, Peter, Beschäftigungsstruktur und Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1963, Sonderhefte des DIW, 74, Berlin 1965, S. 26.

kraftreserven. Zum ersten Mal in der Nachkriegswirtschaftsgeschichte schien die Kapitalakkumulation an ihre Grenzen zu stoßen. „Eine Forcierung arbeitssparender Investitionen kann, selbst wenn sie vom finanziellen Einsatz her möglich wäre, die Beengung des Arbeitsmarktes nicht grundlegend verändern. Die Obergrenze des möglichen Wirtschaftswachstums wird in den nächsten Jahren unter den heute gegebenen Bedingungen keinesfalls höher liegen als bisher“<sup>84</sup>.

Tatsächlich läßt sich die Erschöpfung der ökonomischen Bedingungen der Rekonstruktion aus der Entwicklung des westdeutschen Arbeitsmarktes ablesen.

Der Strom ausländischer Arbeitnehmer, der zeitlich knapp vor dem Ende der Zuwanderung aus der DDR einsetzte, konnte nur zu einem geringen Teil die Funktion eines Qualifikationsreservoirs ausüben. Die Ausländer haben lediglich für viele inländische Arbeitskräfte indirekt den Weg zu höher qualifizierten Berufen eröffnet, indem sie die minderqualifizierten Berufe besetzten. Für den Strukturfaktor der westdeutschen Wirtschaft, also den Einfluß der Wanderungen von Erwerbstätigen aus unterdurchschnittlich produktiven Wirtschaftsbereichen in solche mit hoher Effizienz für die Gesamtproduktivität und das Wirtschaftswachstum, hatte dieser Zustrom nur noch geringe Bedeutung. Tatsächlich ist der Struktureffekt, d. h. der Teil der Zuwachsrate des Sozialprodukts, der auf Strukturverschie-

<sup>84</sup> Ebenda, S. 199f.

bungen zurückzuführen ist, ab 1963 „nicht nur absolut auffallend gering geworden, sondern auch im Vergleich zum gesamten Produktivitätsfortschritt“<sup>85</sup>. Dies ist so, obwohl es – wie der Sachverständigenrat 1965 feststellte – „von den Produktivitätsunterschieden her gesehen ... heute noch genauso große Möglichkeiten (gibt), die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität durch einen Wandel der intersektoralen Beschäftigtenstruktur ... zu steigern, wie 1951. Erstaunlich ist nur – fährt der SVR fort – daß dieser Produktivitätseffekt tatsächlich mit der Zeit tendenziell abgenommen hat. Bis 1962 blieb jedoch wenigstens sein Anteil an der Zunahme der Produktivität insgesamt recht hoch (von 1951 bis 1962 insgesamt fast ein Sechstel)“<sup>86</sup>.

Die Zuwachsraten des Struktureffektes sind – wie die Wachstumsraten des Sozialprodukts – mit der konjunkturellen Entwicklung Schwankungen unterworfen. Betrachtet man Durchschnittswerte pro Zyklus, wird ihr fallender Trend deutlicher. Während die Zuwachsrate im ersten Nachkriegszyklus noch 1,15 vH beträgt und im zweiten nur geringfügig abnimmt (0,95 vH), fällt sie im dritten Zyklus deutlich auf 0,36 vH ab. Diese Entwicklung ist weniger erstaunlich, wenn sie im Zusammenhang mit der Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft gesehen wird. Sie ist ein folgerichtiges Ergebnis der fortschreitenden Anpassung der Arbeitsplatzstruktur an die von Anfang an günstige und sich ständig verbessernde Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft. Der Rückgang des Struktureffektes kann daher als ein indirekter Indikator für das Ende der Periode besonderer Wachstumsbedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg gelten.

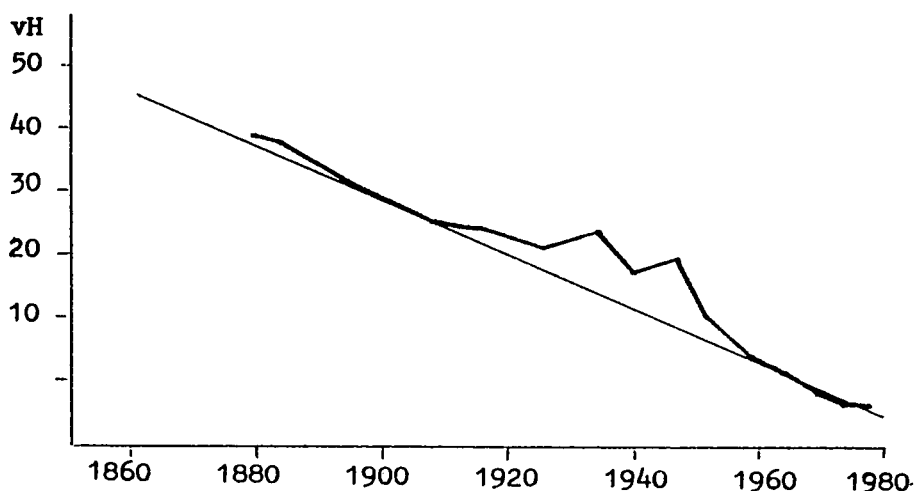
Für diese Auffassung spricht auch die Entwicklung des Anteils des primären Sektors an der Gesamtbeschäftigung. Der Agrarsektor lieferte während der fünfziger Jahre den wichtigsten Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Strukturkomponente. Der Abwanderungsprozeß aus der Landwirtschaft vollzog sich dreimal schneller als im Durchschnitt der vorangegangenen hundert Jahre. Bis zum Ersten Weltkrieg nahm der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten dagegen mit gleichbleibender Rate ab (vgl. *Abb. 4*). Die Störungen der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Kriegen verringerte dann die „Sogkraft“ der übrigen Sektoren auf agrarische Arbeitskräfte. In Krisenjahren stieg der Beschäftigtenanteil der Landwirtschaft sogar entgegen dem langfristigen Trend der Sektoralverteilung an. Dazu zählen die letzten Jahre des Ersten Weltkrieges ebenso wie die Zeit der Weltwirtschaftskrise und die Mitte der vierziger Jahre. Vor diesem Hintergrund muß die beschleunigte Abnahme des Beschäftigtenanteils des primären Sektors in den fünfziger Jahren als Rückkehr zum säkularen Trend der Distribution angesehen werden. Erst mit Beginn der sechziger Jahre ist der Agrarsektor wieder im Einklang mit der langfristigen Entwicklung der Sektoralstruktur der deutschen Wirtschaft.

Während des folgenden, vierten Nachkriegszyklus ging die durchschnittliche Wachstumsrate eben auf jenes Maß zurück, das auch die Entwicklung in den siebziger Jahren bestimmte und nunmehr als „Wachstumsschwäche“ empfunden wurde. Dies geschah, obwohl die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote im zyklischen Durchschnitt betrachtet zunächst ihr hohes Niveau beibehielt. Das Ende der Rekonstruktionsperiode kann deshalb nicht mit einem – möglicherweise wirtschaftspolitisch induzierten – Nachlassen der Investitionsneigung erklärt werden. Theoretische Überlegungen und empirische Forschung sprechen gleichermaßen für einen anderen Zusammenhang. Unter Rekonstruktionsbedingun-

85 SVR, JG 65/66, Ziffer 223.

86 Ebenda.

**Abbildung 4:** Anteil des agrarischen Sektors an der Zahl aller Erwerbspersonen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland. Trend und Anpassung 1860–1977



Quelle: Hoffmann et al., *Wachstum*, S. 35; *Bevölkerung und Wirtschaft 1872 – 1972*, S. 142; *Stat. Jb. f. d. BRD 1978*.

gen wird die Investition in das Sachkapital zu einem unmittelbaren und schnell wirkenden Wachstumsfaktor, während dieser Zusammenhang „in the long run“ nicht zwingend ist<sup>87</sup>. Diese Einsicht hat in den sechziger Jahren dazu geführt, die Rolle des Kapitals als Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung zu relativieren und diejenige des „menschlichen Faktors“ zu unterstreichen: „In the long run it is the ability of man to device new technological possibilities, man's gradually increasing insight and cleverness alone, which determine the speed of technical progress, and this is so irrespective of whether the rate of capital accumulation is beeing kept permanently high or permanently low“<sup>88</sup>.

In der langfristigen Perspektive ist die pessimistische Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der siebziger Jahre ein Reflex der „growthmanship“<sup>89</sup> in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten. Sie hat das Ende der Rekonstruktionsperiode überlebt.

87 Diese Hypothese ist von der Economic Commission for Europe der Vereinten Nationen für die Periode 1949–1959 getestet worden (*Some Factors in Economic Growth in Europe During the 1950's, Economic survey of Europe in 1961*, Teil 2, Genf 1964, Kap. II). Während ein Zusammenhang von Investitionsquote und Wachstumstempo für 22 west- und mitteleuropäische Länder praktisch nicht bestand (linearer Korrelationskoeffizient 0,2), ist derselbe Zusammenhang für die „späten“ Rekonstruktionsländer Westdeutschland, Italien und Österreich offensichtlich. Vgl. auch Aukrust, *Factors*, S.33–37.

88 Aukrust, *Factors*, S.27; vgl. auch Maddison, *Economic Growth*, S.77.

89 Vgl. Clark, Colin, *Growthmanship, A study of mythology of investment*, London 1961.

## IV. Schlußbetrachtung

Abschließend soll noch einmal die eingangs formulierte Frage nach dem Erklärungswert des Rekonstruktionsansatzes aufgegriffen werden. Die Ausführungen zu den beiden Zeitepochen haben hinreichend deutlich gemacht, was er nicht zu leisten vermag. Er liefert keine Gesamtanalyse des komplizierten Wechselspiels von institutionell-politischen Faktoren gesellschaftlicher Bedingungen und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Absicht war auch bescheidener. Es sollte eine stringente Interpretation gesamtwirtschaftlicher Entwicklung vorgeführt werden, deren charakteristische deutsche Ausformung seit dem Ersten Weltkrieg von einer scheinbar zusammenhanglosen Abfolge von Wachstumshemmungen, Brüchen und Beschleunigungen bestimmt ist. Allerdings impliziert dieses Verfahren notwendigerweise gewisse Hypothesen über das Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Die Politik kann keine neuen Wachstumsmöglichkeiten schaffen; diese sind von den vorhandenen Qualifikationen und deren Verhältnis zum Kapitalstock einer Volkswirtschaft vorgezeichnet und zumindest kurzfristig nicht veränderbar. Wohl kann sie jedoch die *Bedingungen* für die Verwirklichung dieser Potentiale herstellen, verbessern oder verschlechtern, d. h., in vieler Hinsicht den konkreten Verlauf von Wechsellagen und wirtschaftlicher Entwicklung gestalten. Erst auf diese Weise entsteht Wirtschafts-„Geschichte“.

Die Annahmen und die Anwendung müssen, wie zu sehen war, einer Reihe kritischer Einwände standhalten, nicht zuletzt dem Vorwurf, die „eigentliche“ Geschichte werde bei dieser Vorgehensweise eliminiert. Die Argumentation läßt sich jedoch umkehren: In der Tat geht das Modell von der – allerdings raum-zeitlich beschränkten – Vorstellung einer „normalen Entwicklung“ industrialisierter Gesellschaften aus und beschreibt nur deren wirtschaftliche Möglichkeiten. Dieses Vorgehen ist nicht „abstrakt“ im Sinne unrealistischer, d. h. empirisch falscher oder nur näherungsweise erfüllter Annahmen. Wir haben vielmehr eine ökonomische Makrohypothese überprüft, die von einer Reihe von Attributen der unter sie fallenden Tatbeständen vorerst absieht, ohne dabei den Charakter einer empirisch gehaltvollen Analyse zu verlieren. Die allgemeine Natur der wirtschaftlichen Entwicklung ändert sich nicht dadurch, daß sie unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen oder unter der „Kontrolle“ der einen oder anderen wirtschaftspolitischen Konzeption vorgeht. Es ist daher ebenso legitim wie notwendig, den Rekonstruktionsprozeß zunächst unabhängig von seiner bestimmten gesellschaftlichen Form zu betrachten<sup>90</sup>.

Gerade auf diese Weise wird der analytische Zugang zu einer systemunabhängigen Überprüfung gesamtwirtschaftlicher Entwicklung entscheidend erleichtert, ohne daß „komplexere“, systemspezifische Analysen ausgeschlossen würden. Mehr noch, derartige Erörterungen stehen dann auf dem solideren Fundament theoretisch beschreibbarer Verläufe. Zum Verständnis der „verwirrenden“ Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts erscheint dies geradezu unverzichtbar, will man sich nicht im Gestrüpp der Spekulationen über die jeweiligen Besonderheiten nationaler Verläufe verlieren. Die Brauchbarkeit dieses systemübergreifenden Vorgehens wird zudem eindrucksvoll durch die erstaunlich parallelen Rekonstruktionserfahrungen der vom Krieg besonders betroffenen europäischen Län-

90 Vgl. dazu das sinngemäß gleiche methodische Vorgehen bei: Marx, K., *Das Kapital*, I. Bd., MEW, 23, Berlin 1968, S. 192.

der in Ost und West belegt, die sich bedeutsam von der Entwicklung der nicht unmittelbar von Kriegseinwirkungen berührten Ländern (USA, Schweden) abheben<sup>91</sup>.

Im Falle der deutschen Entwicklung konnte von der Erwartung zweier Rekonstruktionsperioden nach den beiden Weltkriegen ausgegangen werden. Die Qualifikationen hatten sich jeweils verbessert, das Wachstum des Kapitalstocks war demgegenüber zum Stillstand gekommen oder durch Zerstörungen und Demontagen beeinträchtigt. Die historischen Erfahrungen beim „Einschwenken in die Normalität“ waren indes ganz unterschiedlich. Was sich nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu als „klassischer Fall“ einer Rekonstruktion darbietet, zerfällt während der Zwischenkriegszeit in die Abfolge von Rekonstruktion, Deformation, Krise und erneuter Rekonstruktion. Nicht das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Produktivitäts- und Wachstumspotentialen vermag diese Differenz zu erklären, sondern nur jenes Bündel politischer und gesellschaftlicher Fakten, die den Transfer in wirtschaftliches Wachstum beeinträchtigten oder beförderten.

Es könnte naheliegen, angesichts derart unterschiedlicher Ergebnisse, am positiven Erklärungswert der Rekonstruktionshypothese zumindest für die Zwischenkriegszeit zu zweifeln, und nach jeweils anderen Interpretationsmodellen zu suchen. Indes kann das Kriterium für die Brauchbarkeit des Ansatzes nicht für beide Zeiträume im identischen Ergebnis „ungebrochener Rekonstruktion“ liegen, sondern gerade auch im Erklärungswert für die Besonderheiten der Epochen, denen das vorrangige Interesse dieser Ausführungen galt.

### Summary: Crisis and Reconstruction. Towards a New Interpretation of German Economic Development in the Twentieth Century

This paper advocates a changing of the paradigm of long run analysis of German economic growth. Neither crisisborn stagnation theories nor the recent come-back of long-swing hypotheses seem to be able to explain satisfactorily the characteristic pattern of economic breakdown and spurt since World War I.

On the contrary, these „irregularities“ are well integrated in the „reconstruction-paradigm“ which is the result of empirical findings of the critical growth research since the 1960's.

Quite differently to the long run, human capital is exceeding in relation to the stock of capital in the period of reconstruction and does not limit the pace of economic progress. This enables a mechanism which ensures that set-backs are made more than good: incentives for rapid economic growth remain in effect until production regains on its former trend line. This process does not, however, *automatically* regain all ground lost as a result of the cataclysm: an adequate policy is necessary as well.

This is the crucial point in interpreting the German interwar period as an (unfinished) reconstruction period. This epoch is characterized by two reconstruction phases, 1919–23

91 Die durchschnittlichen Wachstumsraten des realen Sozialprodukts betrugen zwischen 1949 und 1954 in der UdSSR 11,3 vH, in der CSSR 8,0 vH, in Polen 9,0 vH und in Westdeutschland 8,4 vH. Hingegen betrug das Wachstum in den USA 3,6 vH und in Schweden 3,5 vH. Vgl. UN (Dept. of Economic Affairs), *Major Economic Changes in 1948*, Lake Success, N.Y. 1949, S. 34 und UN (ECE), *Some Factors*, Kap. II, S. 3, 9 und 20.



and 1933–38, interrupted by several years of „delayed reconstruction“-consequence of the restrictive money policy following the stabilisation of inflation – and by the great depression. In this context, the special intensity of the NS- „economic miracle“ of the 1930's may be regarded as the consequence of lagging economic growth in the preceeding period – especially with regard to the large reserves of human skills which existed.

Compared with these rather complicated and heterogeneous lines of inter-war development, the reconstruction after World War II seems to be a „classical“ type. Nevertheless the rates of growth for the 1950's (and some earlier years) reflect increases that are in the nature of reconstruction not only of the war and its aftermath but from the depression which had not been completely overcome even in the late 1930's. This may be one reason why the reconstruction period in West Germany lasted longer than in other countries. Another reason is that up to 1961 her labour force was well fed by a permanent inflow of qualified labour from the other German state, the GDR.

After the end of reconstruction period in the early 1960's, growth rates slowed down to a level which is well known to economic historians as adequate to the long run experience of the German economy. Nevertheless a great part of German public opinion as well as some experts regard the economic development in the 1970's as some kind of stagnation. The findings of this paper do not substantiate such a pessimistic view of recent economic development. It is more evidently that these pessimistic prophecies seem to be an intellectual reflex of the „growthmanship“ of the 1950's.